

SÜDWIND

INSTITUT FÜR
ÖKONOMIE
UND ÖKUMENE
süd

INFOS

Nr. 23 • Juni 2003

Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen

INSTITUT FÜR
ÖKONOMIE
UND ÖKUMENE
süd

Band 1:

Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung?



Die Rolle
der Weltorganisationen



INHALT

Editorial	3
SÜDWIND intern	4
■ SÜDWIND-Mitgliederversammlung 2003	4
■ SÜDWIND-Jahres- und Geschäftsbericht 2002	5
■ Der Vorstand des SÜDWIND e.V.	11
■ 11. SÜDWIND-Finanzbericht IST 2002 / SOLL 2003	8
SÜDWIND Aktivitäten	12
■ Band 1 des Dekade-Projektes erschienen: Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung? Die Rolle der Weltorganisationen	12
■ WestLB bei Implementierung von Nachhaltigkeitsstandards weit hinter anderen Banken zurück Carolines Studie	14
■ Wirtschaft verantwortlich gestalten – Global nachhaltige Entwicklung als Orientierung für ethische Geldanlagen	15
■ 3., überarbeitete Auflage von Workers' tool erschienen	18
■ Schuldenerlass: Unbefriedigende Partizipation bei der Armutsbekämpfung	19
■ Die Schuldenkrise: Von Montevideo nach Porto Alegre	21
■ Kamerun: Entschuldung, Armutsbekämpfung, Zivilgesellschaft und Partizipation	24
■ Expertenhearing »Grundsätze Sozialer Verantwortung bei DaimlerChrysler«	26
Vermischtes	29
■ Buchbesprechung	29
■ CD: Drop the Dept – Streicht die Schulden	29
Aus dem Büro	30
■ Karin Wieder geht in Elternzeit...	30
■ SÜDWIND wirbt: Homepage, Faltblätter, Musterartikel	30
■ Folien und Power-Point-Präsentation zur Vorstellung von SÜDWIND	31
■ »Schnuppermitgliedschaft«: Verschenken Sie Mitgliedschaften	31
■ Sonderangebot	31

Impressum

SÜDWIND-Infos werden herausgegeben von
SÜDWIND
Institut für Ökonomie und Ökumene
Lindenstr. 58–60
53721 Siegburg
Telefon: 0 22 41/5 36 17 oder 6 78 01
Fax: 0 22 41/5 13 08
eMail: buero@suedwind-institut.de
Internet: www.suedwind-institut.de

Redaktion: Friedel Hütz-Adams

Layout: Frank Zander

Druck: KNOTENPUNKT, 56290 Buch/Hunsrück



Der Weltsicherheitsrat gilt als das machtvollste UN-Gremium. Die Medien haben zwischenzeitlich ihr und unser Interesse auf die Debatten dort konzentriert. Aber es gibt entscheidendere Gremien, Gremien, in denen über Fragen internationaler Wirtschafts- und damit über langfristige Lebensfragen debattiert und entschieden wird. SÜDWIND lässt sich nicht von kurzfristigen Medieninteressen leiten. SÜDWIND tritt – wie auch dieses Info zeigt – unbeirrt und mit gewichtigen Argumenten für die Interessen der Opfer einer neoliberalen Weltwirtschaft in Übersee ein. Sie waren monatelang völlig vergessen.

Der militärische Angriff der USA und Großbritanniens auf den Irak und das Interesse der Medien daran sind inzwischen fast abgeschlossen. Im Irak hoffen die Menschen, ihre Zukunft nach dem Diktator Saddam Hussein in eigener Verantwortung gestalten zu können. Aber die Sieger haben und behalten auch hier vorerst ohne Befristung das Sagen. Denn auch im Weltsicherheitsrat haben die Sieger inzwischen wieder das Sagen. Ihre Devise: Als Sieger Frankreich bestrafen, Russland hinhalten, Deutschland ignorieren, hat Wirkung gezeigt. Die Sanktionen werden aufgehoben. Jetzt dürfen sogar die UNO-Organisationen vor allem wieder helfen. Und andere Länder dürfen das auch. Selbstverständlich wird sich auch Deutschland mit Wiederaufbauhilfe beteiligen.

Aber wie soll das gehen? In Deutschland bestimmt Schröders Perspektivplan 2010 die Debatten vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosenzahlen, sinkender Steuereinnahmen, wachsender Kosten für Altersversorgung und Gesundheit. Regierung und Opposition sind sich einig. Den Städten fehlt nämlich inzwischen Geld für das Nötigste und den Ländern und dem Bund auch. Gemeinsam vergrößern sie den Schuldenberg, statt ihn für die nachfolgenden Generationen abzubauen. Die neoliberale Weltwirtschaft zwingt den Kanzler – so dessen eigene Einschätzung – zu harten Einschnitten.

Wie aber geht das zusammen? Wie ist zu erklären, dass zwischen Irak- und 2010-Debatte eine hermetische Wand zu bestehen scheint? Werden die Kosten für Außen- wie Verteidigungspolitik nicht ebenso wie die Sozialausgaben aus dem gleichen Topf zu bezahlen sein? SÜDWIND beklagt, dass diese beiden hoch emotionalen Diskussionen nirgendwo auf der gleichen Veranstaltung in Beziehung zueinander vorkommen. Zahlen wir inzwischen fast jeden Preis, um von denen, die unumschränktes Sagen haben, nicht ignoriert zu werden?

Selbstverständlich ist humanitäre Hilfe im Irak dringlich und viel Einsatz wert. Auch von Seiten unseres Landes, wenn bei-

des ehrlich zusammengedacht wird. Aber im Bundeshaushalt gibt es keine Position Irak. Die Politiker/innen werden dafür in anderen Töpfen mit der Aufschrift humanitäre Auslandshilfe suchen müssen. Sie werden dabei vor allem die Zusagen für Entwicklungshilfe sowie die Sozialausgaben durchforsten. Das wäre übrigens nicht das erste Mal. Und das ist nun wirklich kurzfristig gehandelt. Wollen wir jetzt mit Wiederaufbauhilfe nach dem Irakkrieg die Sieger auf Kosten derer entlasten, die oft aus Gründen wirtschaftlicher Fremdbestimmung Opfer geworden sind?

Die USA haben nicht zuletzt im Blick auf Deutschland Schuldenstreichung für den Irak in die Debatte geworfen, denn Deutschland hat im Irak beträchtliche Außenstände. Plötzlich übernehmen Kreise in den USA Argumente vieler Menschen auf dem Ökumenischen Kirchentag in Berlin, die fragen: Ist es legitim, dass Menschen eines Landes dafür bluten, dass ihr diktatorischer Herrscher im Ausland riesige Schulden gemacht hat für Investitionen, von denen diese Menschen nichts haben außer Rückzahlungsverpflichtungen?

Es wäre zu wünschen, dass Joschka Fischer und Hans Eichel jetzt Außen- und Finanzpolitik zusammenbringen, diese überraschenden US-Argumente offensiv aufgreifen und ein faires transparentes Verfahren für alle Länder fordern, die unter illegitimen Schulden leiden. Das wäre ein politischer Beitrag zu echter Entwicklungshilfe. Und das wäre eine Linie, auf der sich das alte und neue Europa gemeinsam in der transatlantischen Gemeinschaft profilieren könnte. Die Stimmen ihrer Länder haben in den offiziellen und informellen Gremien, die über solche Fragen entscheiden, Gewicht. Und das würde sich auszahlen: an dieser Front für einen wirtschaftspolitischen Beitrag zu echter Entwicklungshilfe zu kämpfen.

Noch sind die Bataillone für diesen Kampf nicht aufgestellt. Die USA werden möglicherweise sogar ihre Forderung nach Schuldenstreichung für den Irak wieder zurückziehen und für Schuldenstreckung eintreten, seit sie das weitgehende Verfügungsrecht über die Einkünfte dieses reichen Landes auch noch vom Weltsicherheitsrat bekommen haben. Wer weiß. Jedenfalls gilt es, noch woanders als im Weltsicherheitsrat Fronten zu eröffnen. SÜDWIND tritt für die Schaffung von solchen Verbänden ein, die um Siege auf nicht militärischen Schlachtfeldern kämpfen, und sucht dafür auch mit den Themen dieses Heftes weitere Mitstreiter. Es gibt so viele sehr naheliegende Themen für Diskussionen und Aktionen auch bei uns.

DIETER MANECKE

SÜDWIND-MITGLIEDER- VERSAMMLUNG 2003

Die diesjährige Mitgliederversammlung des SÜDWIND e.V. stand ganz im Zeichen des Krieges im Irak. Dies begann bereits mit der relativ geringen Beteiligung. Viele SÜDWIND-Mitglieder sagten mit Bedauern ab, da sie zur Zeit mit einer Vielzahl von Aktivitäten gegen den drohenden Irakkrieg überlastet seien.

Wenige Tage vor der Mitgliederversammlung begann dann der Krieg. Kurzfristig wurde der Ablauf geändert, die Versammlung verkürzt, und anschließend gingen viele der SÜDWIND-UnterstützerInnen auf eine Demonstration, die von Kölner Friedensgruppen organisiert worden war und direkt vor dem Tagungshaus startete.

Der formelle Teil

Im formellen Teil der Mitgliederversammlung wurde der »Jahres- und Geschäftsbericht 2002«, den Sie auf den Seiten 5 bis 8 des vorliegenden Infos finden, diskutiert. Neben einer Reihe von weiteren Nachfragen und Anregungen wurde die neue Edition zur ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt positiv aufgenommen.

Der »Finanzbericht für das Rechnungsjahr 2002« (siehe Seite 9 bis 11) sowie der Bericht der Kassenprüfer wurden ebenfalls diskutiert. Die fortgeschriebene Entnahme aus den Rücklagen wird im Vorstand wie auch von den Mitgliedern mit großer Sorge gesehen.

Nach dem Bericht der Kassenprüfer wurde der Vorstand ohne Gegenstimmen entlastet.

Da turnusgemäß Neuwahlen anstanden wurde der komplette Vorstand neu gewählt (siehe Liste). Der formelle Teil schloss mit der Diskussion des Haushaltsplanes für das Jahr 2003, der einstimmig beschlossen wurde.

Clemens Ronnefeldt referierte zur Irakkrise

Unter dem Eindruck des sich abzeichnenden Irak-Krieges hatte SÜDWIND als Referenten Clemens Ronnefeldt, Friedensarbeiter beim Internationalen Versöhnungsbund – Deutscher Zweig, gewinnen können. Er referierte zum Abschluss der Mitgliederversammlung seine Erkenntnisse über die wirtschaftlichen und geostrategischen Hintergründe des Irakkonfliktes. Dabei gab er Teile eines längeren Aufsatzes wieder, der unter dem Titel »Den begonnenen Irak-Krieg beenden – seine Ausweitung verhindern« erschienen war. Mittlerweile liegen weitere Analysen vor, unter anderem der Aufsatz »Syrien, Iran, Nordkorea – Wer ist als Nächster dran?«

Diese Texte können Sie auf der Homepage des Versöhnungsbundes einsehen. Die Adresse lautet: www.versoenungsbund.de, dort unter »Stellungnahmen/Veröffentlichungen« und dort wiederum unter Politische Stellungnahmen und Analysen.

FRIEDEL HÜTZ-ADAMS

CLEMENS RONNEFELDT



FRIEDEMDEMONSTRATION IN KÖLN

SÜDWIND-JAHRES- UND GESCHÄFTSBERICHT 2002

Nachdem das vorherige Jahr für SÜDWIND im Zeichen der Umstrukturierung stand, konnte die Arbeit des Institutes mit den vorgenommenen Veränderungen im Jahr 2002 konsolidiert werden.

Vorstand

Der Gesamtvorstand traf sich im Berichtszeitraum zu 4 ganztägigen Sitzungen, einer zweitägigen Klausur und zu zwei Evaluationstagen zur neuen Arbeitsstruktur.

Insgesamt konnte festgestellt werden, dass durch die Umstrukturierungen eine Verbesserung in den Arbeitsabläufen und in der Kommunikation erreicht wurde.

Kontakte mit Personen, die für die Besetzung der freien Stelle im Vorstand in Frage kommen, wurden geknüpft in der Hoffnung, der nächsten Mitgliederversammlung KandidatInnen präsentieren zu können.

Der geschäftsführende Vorstand, bestehend aus den beiden Vorsitzenden und dem Schatzmeister, traf sich fünfmal zwischen den Gesamtvorstandssitzungen gemeinsam mit Friedel Hütz-Adams (Mitarbeiter mit geschäftsführenden Aufgaben), um Geschäftsführungsangelegenheiten zu besprechen.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit des Vorstandes und der MitarbeiterInnen war die Konzeption und die Schaffung einer Finanzierungsgrundlage für eine Editionsreihe zur »Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt« unter dem Titel: »Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen« (mehr Informationen dazu auf Seite 4).

MitarbeiterInnen

Monika Besling, die bei SÜDWIND eine halbe Stelle für Verwaltung und Vertrieb innehatte, ist zum 31.03.2002 aus der Arbeit ausgeschieden. Wegen der vorgenommenen Umstrukturierungen, der stärkeren Nutzung von neuen Kommunikationstechniken und einem Rückgang bei den Materialbestellungen konnte auf eine Neueinstellung in diesem Bereich verzichtet werden.

Der Vertrag mit Steffen Jörg für die Elternzeitvertretung von Antje Schneeweiss und Caroline Zuniga im Arbeitsbereich Ethische Geldanlagen wurde bis zum 31.07.2003 verlängert. Caroline Zuniga wird ihre Vertretungsstelle nicht wieder antreten. Antje Schneeweiss beabsichtigt, im August 2003 die Ar-

beit bei SÜDWIND wieder aufzunehmen.

Karin Wieder verstärkt seit dem 01.06.2002 den Arbeitsbereich Frauen und Wirtschaft / Kampagne für Saubere Kleidung. Als EED/DÜ Rückkehrerin aus Nicaragua arbeitet sie für zwei Jahre mit einer halben Stelle bei SÜDWIND. Die Personalkosten werden zu 90% vom EED getragen.

Unterstützt wurde der Fachbereich Internationale Verschulung und Wirtschaftsbeziehungen durch die wertvolle Zuarbeit der Praktikanten Saskia Lublinski (01.12.01–31.01.02), Kim Weidenberg (01.02.–29.03.02), Sebastian von Eichborn (01.04.–30.06.02), Mario Negre (07/02), Ulrike Lohr (01.08.–15.10.02) und Matthias Strahser (01.12.02–31.01.03). Samantha Pé absolvierte ein Praktikum im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und entwarf die Konzeption für eine Power-Point-Präsentation zur Vorstellung von SÜDWIND (15.02.–29.03.02).

Der Vorstand dankt allen MitarbeiterInnen für ihr überdurchschnittliches Engagement im vergangenen Jahr.

Mitglieder

Trotz verstärkter Öffentlichkeitsarbeit konnten wir auch im vergangenen Jahr die Mitgliederzahlen nicht erhöhen. Wir haben derzeit 353 Mitglieder. Davon sind 60 Fördermitglieder. Die Gewinnung von neuen Mitgliedern ist nach wie vor eine wichtige Herausforderung für Vorstand und Mitgliedschaft. Es müssen neue Ideen entwickelt werden, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

Zu unseren Fachbereichen:

»Frauen und Wirtschaft«: Kampagne für Saubere Kleidung / Informelle Arbeit

Das SÜDWIND-Institut und die Friedrich Ebert Stiftung führten vom 11.–15.2.02 in Jakarta einen Schulungsworkshop zu Verhaltenskodizes für indonesische Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen durch. Ingeborg Wick stellte dort die international prominentesten Verhaltenskodex-Modelle vor und besprach mit den TeilnehmerInnen eine Fragebogenaktion über die Einhaltung von Verhaltenskodizes, die in der zweiten Jahreshälfte 2002 in indonesischen Zulieferbetrieben deutscher Bekleidungsunternehmen durchge-

führt werden sollte. Die Ergebnisse dieser Fragebogenaktion werden auf einem Workshop Mitte 2003 in Jakarta ausgewertet.

Forschungsergebnisse des »Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt« in Jakarta und des SÜDWIND-Instituts über Arbeitsbedingungen im indonesischen adidas-Zulieferbetrieb Tuntex flossen ein in die Materialien des Sportkongresses »Fit for Fair – Für menschenwürdige Arbeitsbedingungen in der weltweiten Sportwearindustrie«, den die Kampagne für Saubere Kleidung und der ASTA der Sporthochschule am 3./4.5.02 in Köln durchführten. Zu den Unterstützern des Kongresses gehörten Brot für die Welt, Misereor, die Friedrich Ebert Stiftung, die Ev. Kirchen im Rheinland und von Westfalen u.a.. SÜDWIND war an zentraler Stelle an der Vorbereitung und Durchführung sowie publizistischen Auswertung dieses Kongresses beteiligt (s. Sportkongress-Dokumentation in epd-Dokumentation Nr. 45 vom 28.10.02). Auf Initiative von SÜDWIND unternahmen die indonesischen Gäste des Sportkongresses anschließend eine Rundreise durch die Bundesrepublik, die Niederlande und Belgien.

Ingeborg Wick vertrat weiterhin die Kampagne für Saubere Kleidung am bundesdeutschen »Runden Tisch Verhaltenskodizes«, der im Januar 2001 gegründet worden ist und an dem die Bundesregierung, die Wirtschaft, die Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen beteiligt sind.

Einen Teil ihrer Arbeit widmete Ingeborg Wick dem Thema »Informelle Arbeit / Wirtschaft«, das von der Internationalen Arbeitsorganisation ILO 2002 zum Schwerpunktthema für die nächsten drei Jahre bestimmt wurde.

Karin Wieder begann ihre Tätigkeit im Juni des vergangenen Jahres kurz nach der Durchführung des Sportkongresses mit dem Schwerpunkt Aus- und Fortbildung. Im Rahmen der Ergebnisse des Sportkongresses in der Sporthochschule Köln nahm sie Kontakt zu Frau Prof. Dr. Marita Bombek von der Universität Köln, Erziehungswissenschaftliche Fakultät – Textiles Gestalten, auf. Seit Beginn des Wintersemesters 2002/03 nimmt Karin Wieder begleitend an einem fachdidaktischen Seminar der Fakultät teil. Die Studentinnen werden im kommenden Sommersemester ihre neu erworbenen

Fachkenntnisse zur Thematik der »Arbeitsbedingungen in der internationalen Bekleidungsindustrie« in Unterrichtseinheiten des Schulfaches »Textiles Gestalten« umsetzen und im Rahmen eines Praktikums ausprobieren. Diese erste Zusammenarbeit stellt den Beginn einer geplanten Kooperation mit verschiedenen Hochschulen dar. In einem Treffen mit dem Prodekan der Deutschen Sporthochschule in Köln wurde über ähnliche Veranstaltungen, wie sie mit der EZWF der Uni Köln durchgeführt werden, nachgedacht und gemeinsame Veranstaltungen der bereits genannten Fachbereiche ins Auge gefasst.

Des Weiteren wurden verschiedene Referate und Vorträge zur oben genannten Thematik gehalten.

Internationale Verschuldung und Wirtschaftsbeziehungen

Kontinuität und Neuerung haben das Jahr 2002 geprägt. Kontinuität gab es vor allem bei der Gremienarbeit und der Beschäftigung mit den dort behandelten Themen. Pedro Morazán war sowohl bei dem globalisierungskritischen Bündnis attac als auch bei dem Entschuldungsbündnis erlassjahr.de in den Leitungsgremien vertreten, wurde aber gegen Ende des Jahres bei erlassjahr.de von Irene Knoke abgelöst, so dass SÜDWIND auch im kommenden Jahr weiterhin eng mit beiden Bündnissen zusammenarbeiten wird.

Ein Thema im Rahmen der Entschuldungsarbeit ist die Frage der Umsetzung der in Köln 1999 beschlossenen erweiterten Schuldeninitiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC), vornehmlich in Afrika. Ganz im Sinne der Kontinuität haben wir im Rahmen des »Forum Kamerun« in Deutschland (Christoffel Blindenmission, die Ev. Kirche im Rheinland, das Bistum Limburg und andere Initiativen) und mit den Partnern in Kamerun zusammengearbeitet. Ende des Jahres reiste Pedro Morazán nach Douala und Ombe, um an einer Konferenz zivilgesellschaftlicher Organisationen zum Thema Armutsbekämpfung und HIPC – Umsetzung teilzunehmen. Das Interesse der deutschen Hilfswerke Brot für die Welt, Misereor und EED zum Thema Armutsbekämpfung in Afrika und Partizipation ihrer PartnerInnen ist größer geworden. So zeichnete sich im 2. Halbjahr 2002 eine engere Kooperation zwischen SÜDWIND und den drei Hilfswerken ab, die mit einer regionalen Erweiterung in Afrika Neuerungen verspricht.

Weiterhin von Bedeutung ist die Lobbyarbeit zu einer grundlegenden Verfahrensreform in den Umschuldungsverhandlungen, die den Schuldnern ein faireres und transparentes Verfahren zusichert, auch bekannt unter dem Stichwort »Internationales Insolvenzverfahren«. In diesem Bereich haben wir weiterhin eng mit unseren Partnern in Ecuador zusammengearbeitet. Im Frühjahr unterstützte Irene Knoke die Partner bei der Vorbereitung und Durchführung eines internationalen Seminars in Guayaquil zu diesem Thema, bei dem mit Teilnehmenden aus insgesamt 18 Ländern erstmals eine breitere Ver-



ankerung auch im Süden gelang. Neu hinzugekommen ist die sehr intensive Arbeit mit und zu dem krisengeschüttelten Argentinien. Bereits im Februar veranstaltete SÜDWIND gemeinsam mit dem EED ein Seminar auf der Suche nach einer Lösung für die Schuldenkrise des Landes. Die Ergebnisse liegen in einer Dokumentation vor. In der Nachfolge entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit mit der Friedrich Ebert Stiftung. Insgesamt drei Reisen führten Pedro Morazán nach Argentinien und nach Uruguay, um mit den Partnern und PolitikerInnen vor Ort die Schuldenfrage zu diskutieren.

Zusammen mit dem Bündnis »erlassjahr.de« konnte SÜDWIND bei dem Weltsozialforum in Porto Alegre gemeinsame Strategien zum Thema Auslandsverschuldung im Rahmen eines Seminars mit PartnerInnen aus dem Süden entwickeln. Die Erfahrungen waren so positiv, dass die Teilnahme am alljährlichen Weltsozialforum ihre Wiederholung finden wird, auch um die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wie Friedrich Ebert Stiftung, WEED und »erlassjahr.de« zu unserem Thema zu stärken.

Als aktives Mitglied von attac hat das Institut auch ein mehrtägiges Seminar für die Sommerakademie von attac gestaltet und an der Entwicklung der Positionen dieser Bewegung zu allgemeinen Fragen der Verschuldung mitgewirkt, wie z. B. zur Schuldenkrise in Argentinien. Unsere Mitarbeitenden haben das Institut SÜDWIND und das Bündnis »erlassjahr.de« bei internationalen Konferenzen zum Thema Verschuldung und internationale Finanzmärkte auch in Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich, Indonesien und Dänemark vertreten. Zahlreiche Artikel und Beiträge wurden für die Presse und Fachpublikationen verfasst.

Ethische Geldanlagen

Die schon im Jahr 2001 inhaltlich geleistete Arbeit zur Neuauflage des Buches »Mein Geld soll Leben fördern« führte zum Ergebnis, dass es im August 2002 endlich geschafft war. Das »Kursbuch Ethische Geldanlage« wurde vom Fischer Taschenbuch Verlag in den Buchhandel gebracht. So entfiel denn auch ein Teil der Arbeit im Fachbereich Ethische Geldanlagen darauf, diese Buchveröffentlichung zu begleiten. Die erfreuliche Nachfrage des Buches, aber auch Anfragen zu Vorträgen und Buchvorstellungen zeigten uns wieder, dass ethische Geldanlage immer noch und immer mehr ein Thema ist.

Im Zuge der Buchveröffentlichung beschloss SÜDWIND, zusammen mit dem westdeutschen Förderkreis von Oikocredit, ein vierseitiges Faltblatt zur Einführung in die Thematik der ethischen Geldanlagen zu erstellen. Dieses wurde im Herbst des letzten Jahres in diversen Rund- und MitgliederInnenbriefen befreundeter Organisationen beigelegt.

Auch im Bereich »ethische Geldanlagen in der Kirche« ist und bleibt SÜDWIND aktiv. Im Auftrag vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) wurde die Studie »Globale Wirtschaft verantwortlich gestalten – Maßstäbe und Praxis ethi-



scher Geldanlage« erstellt, die im Februar 2003 gemeinsam mit dem EED herausgegeben wird. Das Papier setzt die Thematik der ethischen Geldanlage in den Diskurs um eine global nachhaltige Entwicklung um und beleuchtet die Praxis der kirchlichen (ethischen) Geldanlagen. In einem Fachgespräch mit den FinanzreferentInnen der Landeskirchen wollen EED und SÜDWIND das Thema »ethische Geldanlagen« in den Kirchen weiter voranbringen.

Auch die Arbeit zur Bankenstudie von Karin Siegmann wurde fortgeführt. Der Protest gegen die WestLB wegen ihrer Finanzierung der OCP-Ölpipe in Ecuador wurde und wird immer stärker. Deswegen entschied sich SÜDWIND, in Kooperation mit Urgewald die Projektfinanzierung der WestLB näher zu untersuchen. Das gemeinsame Werk wird aller Voraussicht nach im ersten Halbjahr 2003 erscheinen.

erlassjahr.de

Das neue Entschuldungsbündnis erlassjahr.de, Nachfolgestruktur der Kampagne Erlaßjahr 2000, ist flügge geworden und hat Mitte 2002 SÜDWIND gleich doppelt aus seiner Verantwortung entlassen: Zum Ersten gründete die Kampagne einen eigenen Verein und damit auch eine eigene Rechtsträgerstruktur. Damit wurde SÜDWIND zum 1.6.2002 aus der Rechtsträgerschaft entlassen. Zum Zweiten zog das erlassjahr.de-Büro zum 1.7.2002 nach Düsseldorf um. Auf inhaltlicher Ebene ist SÜDWIND weiterhin eng mit erlassjahr.de verbunden durch die Zusammenarbeit in mehreren Gremien und Projekten.

Öffentlichkeitsarbeit

In der Öffentlichkeitsarbeit des Institutes wurde deutlich, dass Friedel Hütz-Adams jetzt wieder ganz für SÜDWIND arbeitet und für diesen Bereich zuständig ist.

Im Jahr 2002 erschienen mit den Ausgaben Nr. 21 und 22 erneut zwei »SÜDWIND INFOS« zur Information der Mitglieder

und weiterer UnterstützerInnen über die fortlaufende Arbeit. Parallel dazu ist die Homepage (www.suedwind-institut.de) weiter ausgebaut worden. Laut Statistik unseres Servers greifen rund 450–700 verschiedene Rechner pro Woche auf die Homepage zu.

Zudem wurden im Laufe des Jahres 2002 zwölf Presseerklärungen verschickt. Der Verteiler für diese Erklärungen konnte auf rund 350 E-Mail- und Fax-Adressen ausgebaut werden. Als Ergebnis dieser Arbeit sowie der Öffentlichkeitsarbeit der Mitarbeitenden in ihren Fachbereichen wurde SÜDWIND, soweit uns dies bekannt wurde, in rund 90 Pressemeldungen (Artikel, Radiointerviews, Agenturmeldungen) namentlich erwähnt. Viele weitere Beiträge griffen die SÜDWIND-Erkenntnisse auf.

SÜDWIND Edition: »Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen«

Seit Anfang des Jahres 2002 erarbeitete SÜDWIND ein Konzept für eine Edition von sechs Materialheften zum Thema »Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen«. Bei der Mitgliederversammlung im März zeigte sich, dass die anwesenden Mitglieder den Vorstand und die Mitarbeitenden sehr in diesem Vorhaben unterstützen.

Bei der Evangelischen Kirche im Rheinland, der Evangeli-

schen Kirche von Westfalen und der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau konnten finanzielle Zuschüsse eingeworben werden, die zur Anschubfinanzierung der ersten Bände ausreichen.

Im Herbst begann dann die Arbeit am ersten Band mit dem Titel »Band 1: Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung? Die Rolle der Weltorganisationen«. Dieser wird im Februar 2003 erscheinen.

Die Koordination des Projekts liegt bei Friedel Hütz-Adams.

Dank

Unser Dank gilt allen Förderern, Unterstützern und Auftraggebern – nähere Informationen hierzu in unserem Finanzbericht.

Wir danken unseren Partnerorganisationen in Indonesien, auf den Philippinen, in Kamerun und in Mittel- und Südamerika, mit denen wir uns in der »Option für die Armen« verbunden fühlen.

Dank gilt auch unseren MitarbeiterInnen, die durch ihren unermüdlichen Einsatz unser Institut prägen und die inhaltliche Arbeit und unsere Aktivitäten erst möglich machen.

FÜR DEN SÜDWIND-VORSTAND:
WILSON BUDE-ISER

Der Vorstand des SÜDWIND e.V.

1. Vorsitzender: Ulrich Suppus

Jugendbildungsreferent beim Amt für Jugendarbeit, Außenstelle Rheinland (Koblenz) der Evangelischen Kirche im Rheinland, Email-Adresse: ulrich.suppus@gmx.de, Homepage des derzeitigen Arbeitsschwerpunktes: www.projekt-globalvillage.de

2. Vorsitzender: Wilson Budde-Iser

Referent für entwicklungspolitische Bildungsarbeit beim Gemeindedienst für Mission und Ökumene Niederrhein, Regionalkoordinator Niederrhein für erlassjahr.de, Email: budde-iser@oikoumene.de, Homepage des Arbeitgebers: www.oikoumene.de

Schatzmeister: Dr. Dieter Manecke

Theologe em. Email dieter@manecke.de, Tel.: 0 22 33-6 53 25, Fax: 0 22 33-68 51 36, Höninger Weg 20, 50354 Hürth

Sr. Klarissa Watermann

Priorin in Schwalmtal-Waldniel bei den Dominikanerinnen von Bethanien, E-mail priorinwaldniel@t-online.de, Homepage: www.Dominikanerinnen-von-Bethanien.de

Ulrike Chini

Geschäftsführerin des Westdeutschen Förderkreises von Oikocredit, Email: oikocredit.bonn@t-online.de, Homepage ihres Arbeitgebers: www.oikocredit.org.de

Stephan Schmidtlein

StudentInnenpfarrer bei der Evangelischen StudentInnen-gemeinde in Köln, Email: stephan.schmidtlein@uni-koeln.de

11. SÜDWIND-FINANZBERICHT

IST 2002 / SOLL 2003

für die Mitgliederversammlung am 22. März 2003 im Domforum Köln

(Da eine Reihe der bei der Mitgliederversammlung vorgelegten Papiere hier nicht abgedruckt werden kann, wurden diesbezügliche Querverweise gestrichen.)

Vorbemerkung

Im 12. SÜDWIND-Jahr wird der Vorstand verstärkt seine Finanzbasis erweitern müssen. Das Ziel, Rücklagen in Höhe eines Jahresbudgets zu bilden, wurde bisher nicht erreicht. Die Mitgliederversammlung hatte es 1997 vorgegeben, um die notwendige Absicherung der inzwischen sieben langjährigen Mitarbeiter/innen und eine gewisse Planungssicherheit zu gewähren. Dieses Ziel rückt im Gegenteil aber in immer weitere Zukunft.

Das kann so nicht weitergehen. Die Ausgaben sind in den letzten sechs Jahre um 15% gewachsen, die Einnahmen aber nur um 11%. Die Einnahmen 2002 lagen sogar knapp unter denen des Vorjahres. Dramatisch ist, dass in den letzten drei Jahren das Defizit jeweils gewachsen ist.

Schwierig wird die Situation auch dadurch, dass SÜDWIND immer weniger Spielraum für die Anstellung eines/r Geschäftsführers/in gewinnt, der die wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen bei mehr Mittelakquirierung, bei Kontaktpflege und Kontakterweiterung und bei anderen Aufgaben entlasten müsste. Dieses Vorhaben muss wegen der knappen Finanzbasis leider vorerst verschoben werden.

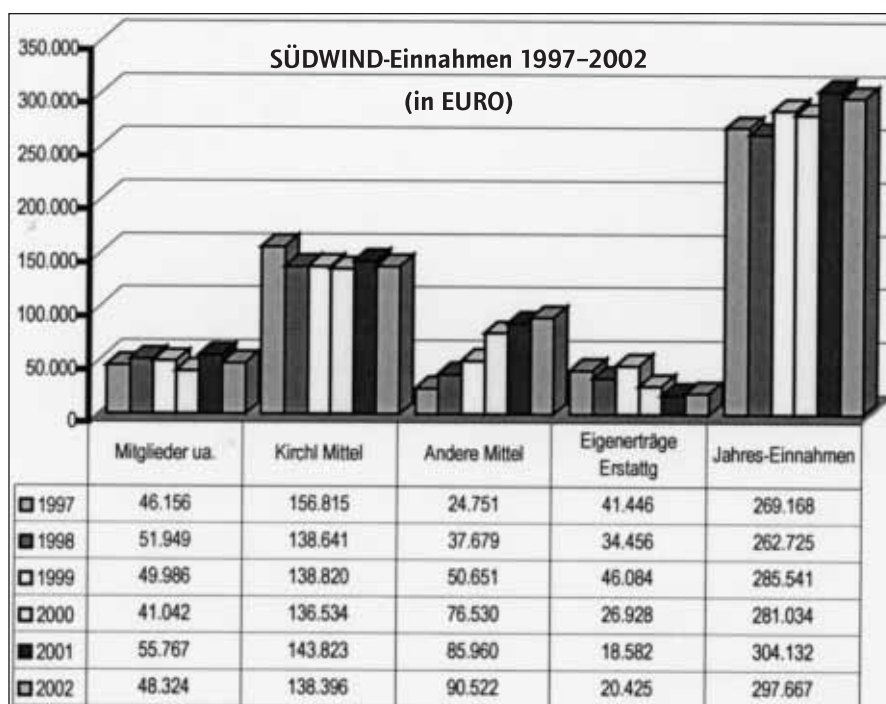
Dieser Finanzbericht enthält letztmalig eine Spalte IST 02 erlassjahr.de für die ersten fünf Monate 2002. Die Mitträgerversammlung hat den Jahreshaushalt 2002 von erlassjahr.de verabschiedet. Unsere Zahlen zeigen den Buchungsstand zum 31.05.02. Danach ist erlassjahr.de ein eingetragener Verein geworden und verantwortet den Finanzhaushalt eigenständig. Die Finanzabwicklung verlief wie in den Vorjahren reibungslos. Diese Feststellung enthält großen Dank an alle, die daran mitgewirkt haben.

B. Haushalt IST 2002

B.1. Einnahmen 2002

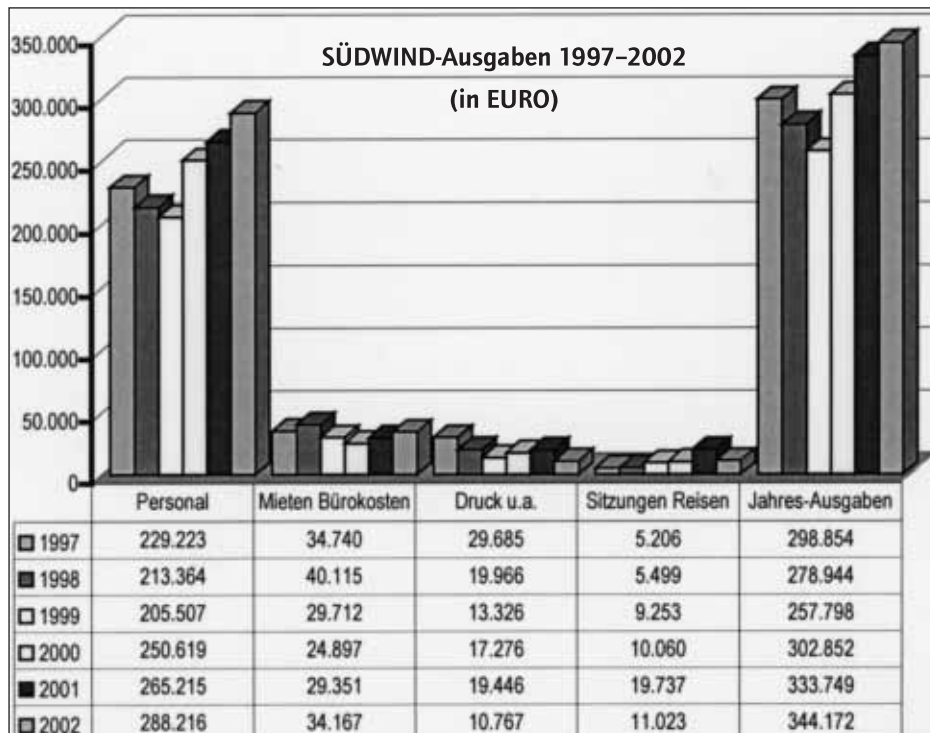
Die SÜDWIND-Einnahmen waren 2002 um 6.465 € niedriger als im Vorjahr. Allerdings ist das, wie die folgende Grafik zeigt, gemessen an den höchsten Einnahmen in der SÜDWIND-Geschichte. Die Einnahmen 2002 haben nicht ausgereicht, die Kosten zu decken. Sie waren um 33.633 € niedriger als veranschlagt.

- a. Die **Mitgliedsbeiträge und Spenden** haben abgenommen (-7.443 €). Allerdings enthielten sie 2001 Nachzahlungen von Mitgliedsbeiträgen in Höhe von 5.000 €. Es gab wieder Austritte von Mitgliedern aus finanziellen Gründen und wegen Todesfällen. Das sind Alarmzeichen für die Zukunft dieses verlässlichen Einnahmenblocks, der zwischen 15 und 20% der Gesamteinnahmen (1997: 17% – 1998: 20% – 1999: 18% – 2000: 15% – 2001: 18% – 2002: 16%) pendelt.



b. Auch **kirchliche Gelder** – nach wie vor der größte und wichtigste Einnahmen-Posten – sind aus verständlichen Gründen geringer geworden (-5.427 €). Dennoch sind die großen kirchlichen Zuwender SÜDWIND im Wesentlichen treu geblieben. Das zeigt: Sie teilen auch in schwieriger werdenden Zeit das Anliegen von SÜDWIND. Im Blick auf das Dekadeprojekt konnte ihr Kreis sogar etwas erweitert werden. Es wurden angewiesen von der Evangelischen Kirche im Rheinland 25.000 €, der Evangelischen Kirche von Westfalen 25.000 €, der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau 3.000 €, der westfälischen Arbeitsstelle Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung (Mö-We) 4.000 €, vom Evangelischen Stadtkirchenverband Köln 51.138 €, vom Evangelischen Missionswerk 8.000 € und vom EED/Ausschuss für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik 15.722 €. Obwohl die Tragfähigkeit dieser Säule schwindet (58 – 53 – 49 – 49 – 47 – 46%), bleibt sie entscheidend.

- c. Das stetige Wachstum der **sog. anderen Mittel** hat erfreulich angehalten (+4.562 €). Das sind im wesentlichen Einnahmen aus bezahlten Leistungen unserer Mitarbeitenden. Neben der Stiftung Apfelbaum und der Günter-Altner-Stiftung sind inzwischen weitere Stiftungen zu wichtigen Projektförderern geworden. Erfreulicherweise konnten weitere Leistungsverträge mit den Hilfswerken Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Misereor, World Vision sowie den politischen Stiftungen Friedrich Ebert Stiftung und Hatzfeld Stiftung abgeschlossen werden. Die Einnahmen in diesem Block sind in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. (9 – 14 – 18 – 27 – 28 – 30%). Sie konnten aber das Schrumpfen in allen anderen Blöcken nicht auffangen und werden künftig nicht wie bisher weiter gesteigert werden können.
- d. Die Einnahmen aus **Eigenerträgen** sind insbesondere deshalb um 1.843 € höher als im Vorjahr, weil sie Erstattungen in Höhe von 7.041 € (erlassjahr.de) enthalten. Ohne diese Einrechnung ist auch dieser Einnahmeblock schwächer geworden. Die Einnahmen aus Publikationen waren auch 2002 gering (5.177 €); sie sind gut doppelt so hoch wie die Produktionskosten, also ein kleiner Gewinn, den es künftig weiter auszubauen gilt. (15 – 13 – 16 – 10 – 6 – 7%).



B.2. Ausgaben 2002

Die SÜDWIND-Ausgaben dokumentieren bei allen Haushaltsstellen den Sparwillen des Vorstands. Dennoch sind sie gegenüber dem Vorjahr um 10.423 € gestiegen. Sie fielen um 12.872 € höher als veranschlagt aus und haben zu über einem Viertel zum Jahresdefizit beigetragen.

- a. Die **Personalausgaben** sind 2002 gegenüber dem Vorjahr insbesondere dadurch gestiegen (+23.001 €), dass SÜDWIND im Fachbereich Frauen und Wirtschaft eine DÜ-Rückkehrerin für zwei Jahre einstellen konnte, deren Gehalt den Haushalt jedoch nur zu 10% belastet.
- Ferner arbeiten wir auch weiterhin mit gutem Erfolg für alle Seiten mit qualifizierten Praktikant/inn/en. Dadurch sind die Kosten auch für Honorarkräfte gewachsen. Der rechnerische Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben ist am kräftigsten gestiegen (77 – 76 – 80 – 83 – 79 – 84%).
- b. Die **Miet- und Bürokosten** stiegen (4.816 €), weil SÜDWIND seit Juli einen früher für erlassjahr.de angemieteten Raum nutzt und zugleich eine Nachzahlung von Nebenkosten aus Vorjahren geleistet werden musste. Telekommunikation wurde 2002 dagegen erneut billiger. Insgesamt ist dieser Ausgabenblock jedoch geringfügig gewachsen (12 – 14 – 12 – 8 – 9 – 10%).
- c. Anders ist es bei **Druck- und sonstigen Aufwandskosten**. Sie konnten reduziert werden (-8.679 €). Es gab keinen größeren Broschürendruck und keine Kosten für Stellenanzeigen. (10 – 7 – 5 – 6 – 6 – 3%)
- d. Die Kosten für **Sitzungen/ Reisen** waren 2002 unter anderem auch deshalb niedriger als im Vorjahr (-8.714 €), weil wir 2002 keine Sonderkosten wie für die 10-Jahresfei-

er von SÜDWIND hatten. (2 – 2 – 4 – 3 – 6 – 3%)

Insgesamt übersteigen die Ausgaben 2002 die Einnahmen 2002 um 46.505 €. Zum Haushaltsausgleich hat SÜDWIND diesen Betrag aus den Rücklagen eingestellt.

Die Überweisungen aus Projektverträgen und anderen Forderungen, die unabhängig von Haushaltsjahren überwiesen werden, übergreifen die Haushaltsjahre in einer Größenordnung von durchschnittlich 10–12% des Jahresbudgets.

C. Haushaltplan SOLL 2003

Ausgaben und Einnahmen wachsen 2003 um 4,8 % auf eine Budgetsumme von 360.700 €.

C.1. Einnahmen 2003

Dieses Wachstum erfordert bei den Einnahmen folgende Schritte:

Um 10% (10.000 €) sollen die Einnahmen aus Auftragsarbeiten wachsen. Wir haben uns ferner vorgenommen, 20% zusätzliche Einnahmen zu erzielen bei Mitgliederbeiträgen, bei Förderbeiträgen und bei Spenden/Erbschaften (9.700 €). Die zusätzlichen Einnahmen von Landeskirchen / Diözesen sowie von Gemeinden und Kirchenkreisen sollen um 36% (20.000 bzw. 3.500 €) gesteigert werden. Voraussetzung für die damit verbundenen Anstrengungen ist, dass die Mitglieder mitziehen, d.h., dass jedes Mitglied versucht, ein weiteres oder eine Einrichtung als Mitglied zu werben. Helfen soll dabei vor allem das dreijährige Dekadeprojekt, das in Zukunft Aufmerksamkeit gewinnen soll. Der Vorstand hofft, damit auch neue Zielgruppen zu erschließen. Hierfür sind Hilfestellungen und Aktionen für Mitglieder geplant.

C.2. Ausgaben 2003

Die veranschlagten Ausgaben für 2003 halten sich eng an die IST-Ausgaben von 2002. Möglichkeiten für wesentliche Einsparungen gibt es kaum. Dies gilt auch bei dem größten Haushaltsposten, den Personalkosten, die um 2,4% und um eine Einmalzahlung steigen. Die Ausgaben für die Erstellung von Broschüren werden 2003 zunächst schneller wachsen als die Einnahmen daraus, die aber zeitversetzt steigen sollen.

Wir werden 2003 die Haushaltsüberwachung bei Einnahmen und Ausgaben weiter verbessern. Dazu wird die Buchhaltung durch ein System von Kostenstellen erweitert, das mit der Stellung von Anträgen und deren Abrechnung korrespondiert und diese erleichtert.

D. Gesamtaussichten 2003

In der Vergangenheit galt die finanzielle Absicherung von

SÜDWIND als stabil. Dieser Eindruck ist im Blick auf die Zukunft derzeit falsch. Es sind im Gegenteil große Anstrengungen nötig, die Qualität der SÜDWIND-Arbeit weiter gewährleisten zu können.

Die Rücklagen sind in den drei letzten Jahren zusammengeschmolzen. Sie decken mit derzeit 74.000 € nur noch 21,5% des Jahresbudget 2002 ab. Sie erlauben zwar noch eine gewisse Planungssicherheit, gewähren aber nicht die erforderliche Absicherung der Mitarbeitenden, die in zunehmendem Maße das entscheidende Kapital unseres Institutes sind.

Planungssicherheit heißt positiv: 2002 haben Vorstand und Mitarbeitende Anstrengungen unternommen und de facto vorfinanziert, durch qualifiziertes Aufgreifen des Ökumenischen Dekadethemas zugleich die Finanzierungsbasis von SÜDWIND zu erweitern. Unter dem Titel »Schritte zur Überwindung struktureller wirtschaftlicher Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen« sind für die kommenden drei Jahre sechs Themenhefte in Arbeit. Davon sollen die ersten drei Hefte 2003 gedruckt und verkauft werden. SÜDWIND füllt hier eine Lücke in der Wahrnehmung des Gewaltthemas in den Kirchen und darüber hinaus. Es geht bei diesem Vorhaben also zugleich darum, sich neue Kreise im deutschen Sprachraum zu erschließen.

Eingeschränkt ist diese Planungssicherheit zugleich dadurch, dass SÜDWIND die dringend notwendigen Herausforderungen 2003 noch nicht mit Hilfe eines/r Geschäftsführer/in erledigen kann. Neue Finanzquellen müssen durch passgenaue Anträge gezielt erschlossen werden. Auch die Pflege der bestehenden Kontakte und vor allem der Aufbau neuer Kontakte im katholischen und säkularen Bereich können die Mitarbeitenden und der ehrenamtliche Vorstand nur begrenzt abdecken. Die o.g. Planung ist richtig und wichtig. Sie wird nicht fallen gelassen. Ihre Umsetzung muss jedoch zeitlich verschoben werden.

Die Gesamtaussichten von SÜDWIND für die Zukunft sind in finanzieller Hinsicht ernst. Aber SÜDWIND ist abgesehen von den schwindenden Rücklagen gut gerüstet, in Rückbindung an die Gründungsimpulse seine Position langfristig behaupten und ausbauen zu können.

Mit dieser positiven Perspektive danken wir allen, die uns bisher gestützt und getragen haben – nicht zuletzt auch unseren Mitarbeitenden. Wir haben SÜDWIND mit Hoffnung gestartet. Entgegen allem verständlichen Klagen ist diese Hoffnung nicht geschwunden. Angesichts zutiefst erschreckender Tendenzen in unserer vom Neoliberalismus geprägten Welt wächst unsere Gewissheit, dass SÜDWIND-Perspektiven an Bedeutung gewinnen werden. In der Ökumene ist Nord nicht ohne Süd und Süd nicht ohne Nord in gerechten ökonomischen Verhältnissen denkbar. Diese Perspektive ist auch wissenschaftlich ohne Alternative. In diesem Glauben hoffen wir zuversichtlich auf wachsende Mitträgerschaft und wachsende Zuwendungen, Aufträge und – ab und zu auch große – Spenden oder Vermächtnisse.

FÜR DEN VORSTAND: DIETER MANECKE, 14.02.2003

SÜDWIND EDITION: STRUKTURELLE GEWALT IN DEN NORD-SÜD-BEZIEHUNGEN

Band 1 des Dekade-Projektes erschienen:

Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung Die Rolle der Weltorganisationen

Die erste Broschüre der SÜDWIND-Edition ist im Februar erschienen – und mittlerweile wurden mehr als 1000 Hefte versandt. Thema dieses ersten Bandes ist eine allgemeine Einführung in die Problematik. Folgen werden weitere Hefte zu bestimmten Ländern/Wirtschaftsbereichen.

Entwicklungsländer machtlos

Der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Welthandelsorganisation (WTO) sind für viele Menschen in Deutschland lediglich anonyme multilaterale Institutionen, deren Namen sie hin und wieder in den Nachrichten hören. Doch so unscheinbar diese Organisationen auch wirken: Sie legen den Rahmen für die weltweiten Wirtschaftsbeziehungen fest. Vor allem die Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern haben mehr und mehr den Eindruck, dass ihre Regierungen nur noch einen geringen Einfluss auf die eigene Wirtschafts- und Finanzpolitik haben – und dass die wichtigen Entscheidungen von anderen gefällt werden.

Die Auswirkungen dieser Dominanz treffen die Menschen

in Entwicklungsländern auf verschiedenen Ebenen: Viele Entwicklungsländer sind hoffnungslos überschuldet. Die Bedingungen für neue Kredite sowie die Höhe von Schuldenerlassen beschließen die Gläubiger – allen voran der Internationale Währungsfonds und die Weltbank – allein. Zugleich müssen die Bauern dieser Staaten ge-

gen Produkte konkurrieren, die in Industrieländern mit hohen Summen subventioniert wurden. Die WTO erlaubt dies ebenso wie massive Handelsbeschränkungen zu Lasten der Entwicklungsländer in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Andererseits setzt die WTO ein weltweites Patentrecht auch für Medikamente und Saatgut durch, wovon die Industrienationen profitieren – auf Kosten der armen Staaten.

Was ist strukturelle Gewalt?

Hier setzt die SÜDWIND-Edition »Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen« an. Es wird einführend definiert, was »strukturelle Gewalt« in den Wirtschaftsbeziehungen bedeutet. Darauf aufbauend folgen Anregungen für eine ethische Auseinandersetzung mit Wirtschaftsfragen auf dem Hintergrund biblischer Tradition.

Daten und Hintergründe zur Weltwirtschaft

Der dritte Teil beginnt mit einer Darstellung der wachsenden Einkommensunterschiede zwischen Nord und Süd. Dies leitet zur Frage über, welche Rolle der Ausbau der internationalen Wirtschaftsbeziehungen bei der Reduzierung der Armut spielen kann. Es folgt eine Analyse der Machtverhältnisse im Nord-Süd-Handel sowie bei den internationalen Finanzgeschäften.

In beiden Feldern zeigt sich, dass die reichen Staaten weltweit die Rahmenbedingungen zu ihren eigenen Gunsten bestimmen. Daher werden Vorschläge für eine Reform von Institutionen gemacht und eine mögliche Umgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen skizziert.

Der Band schließt mit Anregungen, wie die Leserinnen und Leser selbst aktiv werden können.

Zahlreiche Grafiken und Online- Begleitmaterial

Das Heft enthält zahlreiche Grafiken und Fallbeispiele. Flankierend zur Broschüre gibt es noch Online-Materialien, Folien für Vorträge und Power-Point-Präsentationen, erstellt werden noch Plakate und Seminarangebote.



Weitere Infos auf der Homepage

Das Inhaltsverzeichnis, die Einführungskapitel sowie Auszüge aus der Broschüre finden Sie unter www.suedwind-institut.de. Eben dort finden sich auch Power-Point-Präsentationen für Vorträge zu Weltbank, IWF und Welthandelsorganisation.

Die Broschüre enthält neben vielen Grafiken 8 Fallbeispiele über konkrete Ereignisse und Produkte. Eines dieser Beispiele dokumentieren wir im Folgenden:

Fallbeispiel 3: WTO-Verhandlungen in oha: Wer setzt sich durch?

Der Verlauf der Ministerkonferenzen zeigt die Machtlosigkeit der armen Staaten. 1999 fand dieses Treffen in Seattle in den Vereinigten Staaten statt. Die Verhandlungen scheiterten weitestgehend: Die Delegierten der Entwicklungsländer verweigerten ihre Zustimmung zu weiteren Handelsverträgen. Sie warfen den Industrieländern vor, Beschlüsse in kleinen Gruppen hinter verschlossenen Türen ausgekungelt zu haben, die einseitig zu Gunsten der Reichen seien.

Im Jahr 2001 fand die nächste Verhandlungsrunde in Doha statt. Bereits im Vorfeld von Doha haben Industrieländer Einwände gegen Vorschläge für weitere Handelserleichterungen schlicht ignoriert. So berichtet beispielsweise ein südasiatischer Delegierter: »Während der Verhandlungen waren wir gegen einen Teil eines Textes, doch dieser Teil blieb wie er war. Wir wollten dann einen Zusatz haben, doch der alte Text blieb. Es war ein Zaubertext« (Kwa 2002, S. 21).

Die EU schlug armen Staaten vor, diese sollten weiteren Handelserleichterungen zustimmen. Im Gegenzug erhielten sie dann Entwicklungshilfe und einen verbesserten Marktzugang für eigene Produkte (Murphy 2002, S. 33).

Dennoch drohten die Verhandlungen auch in Doha zu scheitern. Die Tagungsleitung berief daraufhin eine »green room«-Sitzung ein. Teilnehmen dürfen nur die Staaten, die eingeladen sind. In dieser Sitzung wird das Abschlusspapier erarbeitet, dem das Gesamtplenium der anwesenden StaatenvertreterInnen dann nur noch zustimmen oder ablehnen kann.

Anders als in Seattle waren diesmal etliche VertreterInnen aus Schwellen- und Entwicklungsländern dabei (neben den USA, EU, Japan, Kanada, Australien und der Schweiz auch Brasilien, Chile, Ägypten, Hongkong, Indien, Mexiko, Pakistan, Südafrika, Botswana, Guatemala, Kenia, Malaysia, Nigeria, Tansania, Uruguay, Simbabwe und Singapur). Eine Reihe dieser Staaten sollte bei den Verhandlungen ausdrücklich die Interessen von anderen Staaten mit vertreten. So saß beispielsweise Tansania als Stimme der 49 am wenigsten entwickelten Staaten (»LDC-Länder«) mit am Tisch.

Sechs Broschüren sind geplant

Der vorliegende Band ist der erste einer ganzen Reihe, die in den nächsten beiden Jahren erscheinen wird:

- **Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung? Die Rolle der Weltorganisationen**
- **Argentinien: Interne und externe Ursachen der Schuldenkrise** – erscheint im Sommer 2003
- **Kongo-Region: Staatszerfall, Wirtschaftsinteressen und Bürgerkrieg** – erscheint im Herbst 2003
- **Kamerun: Zivilgesellschaftliche Beteiligung am Armsbekämpfungsprogramm** – erscheint Ende 2003
- **Frauenarbeit in freien Exportzonen und globale Verantwortung von Unternehmen** – erscheint im Frühjahr 2004
- **Gewalt und Drogen am Beispiel des »Plan Colombia«** – erscheint Ende 2004

Zur Überraschung vieler Delegierter aus Entwicklungsländern gaben im »green room« die dort vertretenen Entwicklungsländer in fast allen strittigen Fragen nach. Nun lag ein fertiges Papier auf dem Tisch.

Als sich dann im Plenum die Abgeordneten aller Staaten trafen und gefragt wurde, wer gegen die Vereinbarungen sei, meldete sich niemand. Wer jetzt als einzelner (kleiner) Staat die gesamte Konferenz platzen ließ, wusste, dass er mit ernst Konsequenzen zu rechnen hatte.

In den Tagen nach Konferenzende gab es Zusagen an Entwicklungsländer, die im »green room« ihre Meinung geändert hatten.

- Pakistan wurde erlaubt, wesentlich größere Mengen Bekleidung in die EU und in die USA zu exportieren.
- Nigeria erhielt nach der Zustimmung die Zusage über höhere Entwicklungshilfefzahlung aus den USA.
- Tansania erhielt eine Woche nach Doha die Zusage über einen Schuldenerlass in Höhe von 3 Mrd. US-Dollar.
- Indonesien hatte bereits eine Woche vor Doha von Japan Zusagen über umfangreiche Investitionen erhalten – sofern die Regierung weiteren Investitionsabkommen bei der WTO-Tagung zustimme (Kwa 2002, S. 31–32).

Dennoch bezeichnen die Industrieländer die in Doha gefassten Beschlüsse als »Entwicklungsrunde«. Sie verweisen darauf, dass sie etwa auf dem Agrarmarkt und bei der Patentfrage Zugeständnisse an die Entwicklungsländer gemacht hätten. Doch diese »Zugeständnisse« waren sehr unverbindlich.

Fest steht dagegen, dass über weitere – zuvor von vielen Entwicklungsländern abgelehnte – Handelsliberalisierungen verhandelt wird. Hier sollen bis zur nächsten Ministerkonferenz im September 2003 in Cancun (Mexiko) konkrete Vorschläge auf dem Tisch liegen.

WESTLB BEI IMPLEMENTIERUNG VON NACHHALTIGKEITSSTANDARDS WEIT HINTER ANDEREN BANKEN ZURÜCK

Der Skandal um die Finanzierung der Erdölpipeline im Regenwald Ecuadors verdeutlicht, wie »ernst« die Banker aus Düsseldorf es mit der Einhaltung der Weltbankstandards meinen. Die Einhaltung dieser war laut WestLB »unabdingbare Voraussetzung« für eine Kreditgewährung. Robert Goodland, langjähriger ehemaliger Mitarbeiter der Weltbank, der maßgeblich an der Entwicklung genau jener Standards beteiligt war, kommt in einem Gutachten zum Ergebnis, »dass gegen alle vier relevanten Sozial- und Umweltstandards der Weltbank verstoßen wird« (wir berichteten im letzten SÜDWIND-Info). Eine sich daraus ableitende Handlungsoption sieht die WestLB nicht. Alles läuft weiter wie bisher.

Andere Banken sind weiter

Doch auch jenseits dieses Einzelfalls liegt die WestLB in der Beachtung ökologischer und sozialer Kriterien weit hinter anderen Banken zurück. Das Thema der Nachhaltigkeit, welches ohnehin erst auf Druck des internationalen Protestes gegen die OCP-Ölpipeline bei der WestLB angekommen zu sein scheint, erinnert in der daraus resultierenden Nachhaltigkeitsstrategie der Bank eher an eine mehr schlecht als recht angelegte PR-Aktion, denn an eine authentische Veränderung der Geschäftspolitik der Bank. Die vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) entwickelte »Bankenerklärung« beispielsweise, eine Initiative der UNEP und verschiedener Finanzdienstleister aus dem Jahre 1991, wurde eiligst im Zuge des immer lauter werdenden Protests gegen die OCP-Pipeline unterschrieben, viele Jahre nachdem andere Großbanken diese schon längst unterschrieben hatten. Nun kann man darüber streiten, was eine solche Selbstverpflichtungserklärung ohne Sanktionsmöglichkeiten und ohne Überprüfung ihrer Einhaltung durch die UNEP überhaupt für einen Sinn macht. Eine erkennbare Veränderung im Kreditrisikomanagement der Bank, auch und gerade unter Berücksichtigung ökologischer und sozialer Risiken, ist jedoch nicht zu beobachten.

Neue Selbstverpflichtungserklärung

Als weltweit größte Projektfinanziererin hat die WestLB nun zusammen mit ABN Amro, Citibank und Barclays eine neue Initiative gestartet. Diese sogenannten »Equator Principles«, ei-

ne Selbstverpflichtungserklärung, in denen Umwelt- und Sozialstandards für die internationale Projektfinanzierung definiert werden sollen, werden aber nach erster Prüfung des aktuellen Stands hinter die Weltbank-Standards zurückfallen, also hinter genau jene Weltbank-Standards deren Einhaltung die WestLB zumindest im Fall der Ölpipeline in Ecuador zur Voraussetzung der Kreditgewährung gemacht hat. Die Anwendung dieser Standards als ökologische und soziale Mindeststandards gehört für einige andere Banken als unmittelbarer Bestandteil zur Projektanalyse jedes Engagement der Bank in der internationalen Projektfinanzierung.

Handlungen gefordert

Die WestLB wird noch viele Selbstverpflichtungserklärungen und »Principles« unterschreiben können, entscheidend ist, ob die Bank bereit ist, ein effizientes Umweltverfahren auch und gerade für ihr Projektfinanzierungsgeschäft zu implementieren und weiter zu entwickeln.

Es geht um ein Umweltmanagement, dass geeignet ist, in ökologisch und sozial sensiblen Sektoren zu gewährleisten, dass keine Projekte finanziert werden, bei denen ganze Dörfer »umgesiedelt« werden, Korruption ein großen Teil der »Projektkosten« ausmacht, bei denen Umweltrichtlinien keine Rolle spielen, Ölunfälle Trinkwasserreservoirs ganzer Städte verseuchen oder große Regenwaldflächen unwiederbringlich abgeholzt werden.

In der mit Urgewald e.V. durchgeführten Kooperationsstudie zeichnet sich ab, dass die Finanzierung der OCP-Ölpipeline leider kein Ausnahmefall ist, dass vielmehr auch bei anderen Projekten sowohl ökologische als auch soziale Kriterien bei der Kreditprüfung keine Rolle gespielt haben.

Hier ist auch die NRW-Landesregierung gefordert ihr Gewicht als Gewährträger der Landesbank NRW, welche zu 100% Eigentümerin der WestLB AG ist, zu nutzen und die Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien im gesamten Bankgeschäft der WestLB verbindlich festzuschreiben.

SÜDWIND-Studie verschiebt sich leider

Die Veröffentlichung der Studie musste leider mehrmals nach hinten verschoben werden. Sowohl Urgewald als auch SÜD-

WIND sind in der Kampagne gegen die WestLB Pipeline aktiv, die die Bank aus Düsseldorf erfolgreich unter Druck setzt und inzwischen schon auf internationaler Ebene vernetzt ist. Da es in diesem konkreten Fall mehrmals zu katastrophalen Ereignissen gekommen ist, binden solche Entwicklungen immer wieder Ressourcen. So haben wir ein Gutachten erstellen lassen, welches die Verletzung der Weltbankstandards nachweist. Dieses Gutachten hat für viel Aufsehen und damit auch für viel Arbeit gesorgt. Weiterhin bewahrheiteten sich schon früher als befürchtet Katastrophenprognosen bezüglich des Baus und des Betriebs der OCP-Pipeline. Bei einem Testlauf kam es

zu einem »kleinen« Ölunfall, weil Ingenieure vergaßen, die Ventile zu schließen. Weitaus dramatischer verlief ein Unfall an der SOTE-Pipeline, einer Pipeline, die es seit den 70er Jahren gibt und die größtenteils parallel zu OCP verläuft. Schweres Gerät der Baufirma des OCP-Konsortiums beschädigten Teile der alten Pipeline. 8000 bis 10000 Barrel Öl liefen aus und verseuchten das Haupttrinkwasserreservoir der Stadt Quito. Geplanter Veröffentlichungstermin der Studie ist nun Ende August 2003.

STEFFEN JÖRG

WIRTSCHAFT VERANTWORTLICH GESTALTEN – GLOBAL NACHHALTIGE ENTWICKLUNG ALS ORIENTIERUNG FÜR ETHISCHE GELDANLAGEN

Im April 2003 ist die gemeinsame Studie des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) und des SÜDWIND-Instituts fertiggestellt worden. Diese beschäftigt sich mit der Frage, wie der Begriff »Nachhaltigkeit« zu verstehen ist und ob Banken, die sich mit »nachhaltigen« Investitionen schmücken, diesem Begriff tatsächlich gerecht werden. Die Studie »Nachhaltige Entwicklung und Ethisches Investment – Ein Diskussionspapier« kann beim SÜDWIND-Institut bestellt werden.

Nachhaltigkeit und ethische Geldanlagen

Der Begriff der Nachhaltigkeit konnte in den letzten Jahren im politischen, aber auch im wirtschaftlichen Zusammenhang einen beispiellosen Siegeszug antreten. Doch gleichzeitig mit diesem einzigartigen Siegeszug muss festgestellt werden, dass in vielen Politikfeldern kaum – oder jedenfalls nur unzureichende – Veränderungen in Richtung Nachhaltigkeit festzustellen sind.

Angesichts der breiten Akzeptanz des Begriffes kann nicht wirklich überraschen, dass auch ethische Geldanlagen sich an diesem Leitbild orientieren und sich bevorzugt auf das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung stützen. Dies kommt fraglos den Wünschen vieler Anleger und Anlegerinnen entgegen.



Ausgehend von der Brundtland-Definition ist eine Entwicklung nur dann als nachhaltig zu bezeichnen, wenn sie sich vor allem an den Grundbedürfnissen der Armen orientiert und die Grenzen der Belastbarkeit der Ökosysteme sowie der natürlichen Ressourcen mit Blick auf die heute lebenden, aber auch auf die zukünftigen Generationen respektiert. Eine Politik, die nachhaltig sein will, hat sich daran entsprechend auszurichten. Und Unternehmen, die sich zum Ziel der Nachhaltigkeit bekennen, sollten sich daher daran messen lassen, inwiefern sie durch ihr wirtschaftliches Handeln ebenfalls einen Beitrag in diesem Sinne leisten.

Die Studie gibt hierfür Hinweise sowohl genereller Art wie auch bezogen auf einzelne Bereiche wie Klima und Energie, Landwirtschaft, Biodiversität etc.

Jedoch erkennt die Studie gleichzeitig eine große Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Wie auch vielfach im politischen Raum anzutreffen, wird das Etikett der nachhaltigen Entwicklung auch für ethische Geldanlagen gerne in Anspruch genommen. Hingegen sind die tatsächlich zur Anwendung kommenden Kriterien nicht immer ausreichend geeignet, den Anforderungen, die mit dem Begriff der Nachhaltigkeit verbunden sind, gerecht zu werden. Dies betrifft gerade die entwicklungspolitische Dimension des Nachhaltigkeitsbegriffs.

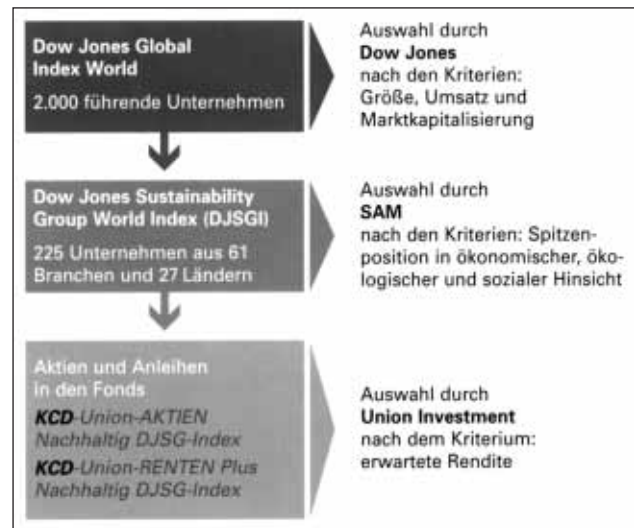
Von daher erklärt sich das Ziel der Studie: Sie will auf die bestehenden Lücken zwischen Anspruch und Wirklichkeit aufmerksam machen und einen Beitrag zur Diskussion leisten, um diese Lücken zu schließen. Besonderen Wert legt sie darauf, dass entwicklungspolitische Kriterien und Maßstäbe für eine Geldanlage, die ethisch oder nachhaltig sein will, unverzichtbar sind. Denn Nachhaltigkeit meint eben, Umwelt und Entwicklung als zwei Seiten einer Medaille zu begreifen.

Ethische Geldanlagen und die Kirchen

In Bezug auf die Verwaltung ihrer Gelder sind die Kirchen an eine Reihe von Vorschriften gebunden, die bei der Geldanlage zu beachten sind. Dennoch gibt es in den meisten Landeskirchen Initiativen, bei der Anlage der kirchlichen Gelder auch ethische, soziale und ökologische Kriterien zu berücksichtigen.

Hierfür nutzen viele Kirchen unter anderem die KCD-Fonds, die die Studie mit Blick auf die Erfüllung der Forderungen für eine nachhaltige Entwicklung näher untersucht. Durch einen sogenannten »Klassenbesten-Ansatz« sollen die 10% der Unternehmen ausgewählt werden, die in ihrer Branche in Bezug auf ökonomische, ökologische und soziale Kriterien die Spitzenposition einnehmen. Die Unternehmensbewertung und Auswahl dieser Branchenvorreiter wird von der schweizerischen Vermögensverwaltungsgesellschaft Sustainable Asset Management (SAM) vorgenommen.

Der Klassenbesten-Ansatz geht davon aus, dass durch das Herausstellen der Besten einer Branche der Wettbewerb unter den Unternehmen um ein möglichst gutes Abschneiden auch unter sozialen und ökologischen Aspekten entstünde. Gelän-



AUS: WERBEBROSCHÜRE DES KCD-FONDS, VERFAHREN ZUR AUSWAHL DER WERTPAPIERE

ge dies, würde ein Prozess der fortlaufenden Verbesserung initiiert. Ob, in welchem Umfang und über welchen Zeitraum diese Annahmen eintreffen, ist bisher noch nicht nachgewiesen wurden.

Durch den Bezug auf den Dow Jones Global Index kommen im KCD-Fonds allerdings nur Großunternehmen für ethisches Investment in Betracht. Kleine und mittlere Betriebe werden von vornherein ausgeschlossen. Damit ist keinesfalls gesichert, dass die Branchenvorreiter für eine ethische Geldanlage in Frage kommen, denn häufig sind es genau jene kleine und mittlere Betriebe, die die ökologischen und soziale Vorreiterrolle einnehmen. Somit wird fraglich, inwieweit die KCD-Fonds einen Anreiz für den vom Klassenbesten-Ansatz theoretisch unterstellten Wettbewerb für nachhaltige Entwicklung darstellen.

Klassenbeste reichen nicht

Neben dem De-facto-Ausschluss durch ökonomische Parameter (z.B.: Größe des Unternehmens) finden sich im KCD-Ansatz auch noch explizite Ausschluss-Kriterien. Unternehmen der Alkohol-, Glücksspiel- und Tabakwarenindustrie wie auch Firmen, die mehr als 50% ihres Umsatzes mit Rüstungsgütern erzielen, sind a priori vom Anlageuniversum der Fonds ausgeschlossen. Die Verkaufsbroschüre der KCD für ihre Nachhaltigkeitsfonds bezieht sich mit Hinblick auf einen normativen Bewertungsmaßstab, so die eigene Aussage, »auf zentrale Forderungen der christlichen Soziallehre«. Dafür scheint jedoch zum einen die 50%-Marke bei der Rüstung als eher hoch gewählt, zum anderen werden die Herstellung oder der Vertrieb von Pornographie, Tierversuche in der Forschung, Kernenergie oder Gentechnik in der Lebensmittelbranche ebenso wenig berücksichtigt wie Menschenrechtsverletzungen, der Einsatz der Todesstrafe, Diktatur, Korruption und Nepotismus sowie Zwangs- und Kinderarbeit in den Staaten, wo Firmen ihre Waren beziehen.

Die KCD-Fonds positionieren sich, so die Studie, im Spektrum der renditeorientierten Produkte für ethisches bzw. nachhaltiges Investment. Dieser Ansatz unterscheidet sich vom prinzipiengeleiteten Investment, welches das primäre Anliegen hat, etwas in einer als mangelhaft erkannten Wirtschaftswelt verändern zu wollen. Während der letztgenannte Ansatz sich an dem Prinzip »Tun Sie etwas Gutes und verdienen Sie gleichzeitig Geld damit« orientiert, folgen renditeorientierte Ansätze eher der Parole »Verdienen Sie Geld und tun Sie dabei nichts Schlechtes«.

Ausblick

Die Debatte um ethisches Investment steckt noch in den Kinderschuhen und befindet sich zur Zeit in einer Suchbewegung zum Ziel des Beitrags von Geldanlagen für eine nachhaltige Entwicklung. Auch wenn die grundsätzliche Richtung stimmt, steht bei vielen Produkten ein gutes Stück des Weges noch aus. Konkret sieht die Studie folgende Schritte:

Verstärkung des kirchlichen Engagements als aktive Aktionärin

Der Klassenbesten-Ansatz sollte mit einem aktiven Engagement als Aktionär/in verknüpft werden, getreu dem Motto: »Wir beteiligen uns, damit sich etwas ändert ... und zwar bald«.

Insbesondere in Fragen der Ethik bzw. Nachhaltigkeit sollte die aktive Beteiligung durch die Wahrnehmung von Aktionärsrechten verstärkt werden. Prominentestes Beispiel ist in Deutschland der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre. Im kirchlichen Bereich ist das Interfaith Center on Corporate Responsibility (ICCR) in New York, ein Zusammenschluss konfessionell gebundener institutioneller Investoren und anderer sozial und ökologisch orientierter Anleger, zu nennen.

Optimierung des Profils ethisch-nachhaltiger Fonds

Am Beispiel des KCD-Fonds erkennt die Studie Optimierungsansätze, die sich problemlos auf eine Vielzahl anderer Produkte übertragen lassen:

■ **Erweiterung und Ergänzung des Anlageausschuss**

Im Sinne einer verbesserten Qualitätskontrolle sollte es bei ethisch-nachhaltigen Finanzprodukten eine Instanz mit Fachexpertise zu Ethik und Nachhaltigkeit geben. Diese Instanz könnte die kontinuierliche Überprüfung der Gültigkeit des normativen Bewertungsmaßstabs vollziehen und gegebenenfalls Anpassungen vorschlagen.

■ **Ausweitung spezifischer Produktinformationen**

Der Transparenzgrad des DJSG-Index ist bereits vergleichsweise hoch. Das wichtigste Rechercheinstrument, der Fragebogen, ist öffentlich zugänglich und die Gewichtung der einzelnen Teilbereiche ist theoretisch nachvollziehbar. Dennoch gibt es auch hier erhebliches Potenzial, etwa in Bezug

auf die Information über mögliche Interessenkonflikte des Bewerbers oder die Begründung der Bewertung. Auch bei der Herleitung des normativen Fundaments, also der Verortung des Produktes unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten, ist bei vielen anderen Anbietern noch einiges zu leisten.

■ **Bildung förethisch-nachhaltige Geldanlagen**

Es könnte zu erheblichen Quantitäts- und Qualitätssteigerungen am Markt führen, wenn Hintergründe zum Thema ethisch-nachhaltige Geldanlage einem breiten Publikum vermittelt würden.

Darüber hinaus wäre von Bedeutung, den potenziellen Anlegerinnen und Anlegern Hilfestellungen zur Bewertung von sogenannten ethisch-nachhaltigen Geldanlagen an die Hand zu geben. Hier geht es nicht nur darum, bestimmte Produkte auszuschließen, die nicht immer berechtigt mit dem Etikett »ethisch« oder »nachhaltig« werben. Es geht auch darum, Produkte gemäß ihrer Orientierung auf starke oder schwache Nachhaltigkeit beziehungsweise nach dem Gewicht sozialer und ökologischer Kriterien gegenüber Renditegesichtspunkten bewerten zu können. Ein transparentes Rating ethisch-nachhaltiger Fonds auch unter diesen Gesichtspunkten wäre wünschenswert.

■ **Förderung globaler Transparenz**

Viele Unternehmen klagen darüber, dass es immer dieselben trifft und andere – schwächere – Schafe von publikumswirksamen Kampagnen verschont bleiben. Dies mag auch daran liegen, dass Informationen über bestimmte Unternehmen leichter verfügbar sind. In diesem Bereich können die Kirchen und die kirchlichen Entwicklungswerke eine wichtige Funktion haben, indem sie Informationen über Probleme oder auch positive Beispiele aus ihren Partnerländern bündeln und gezielt zugänglich machen. Hier wäre möglicherweise daran zu denken, eine Zusammenarbeit zwischen ausgewählten Partnern kirchlicher Werke und Rating-Agenturen in Industrieländern zu initiieren, wobei den kirchlichen Werken im Norden eine Brücken- und Scharnierfunktion zukäme. Dies würde allerdings auch ein höheres Maß an Transparenz der Rating-Agenturen voraussetzen: Diese müssten bereit sein, darüber zu informieren, wie sie die Berichte der Betroffenen im Süden konkret bewertet haben und wie diese Bewertung in ihre Gesamtbewertung eingeflossen ist. Zu prüfen wäre darüber hinaus möglicherweise auch die Förderung des Aufbaus von Rechercheinstitutionen in wichtigen Ländern des Südens, die mit Rating-Agenturen in den Industrieländern zusammenarbeiten.

STEFFEN JÖRG UND CAROLINE ZUNIGA

3., ÜBERARBEITETE AUFLAGE VON »WORKERS' TOOL« ERSCHIENEN

Im März 2003 ist die 3., überarbeitete Auflage der Publikation »Workers' tool or PR ploy? A guide to codes of international labour practice« erschienen, die erneut von der SÜDWIND-Mitarbeiterin Ingeborg Wick erstellt wurde sowie von der Friedrich Ebert Stiftung und SÜDWIND herausgegeben wird.

Im Unterschied zu den beiden ersten Auflagen von 2001 ist die neue Auflage auch online abrufbar (www.suedwind-institut.de/Workers-tool-2003.pdf).

Eine spanische Übersetzung ist mittlerweile in Arbeit, und eine deutsche Übersetzung in Form einer Aktualisierung der IG-Metall-Broschüre vom Juli 2001 wird zur Zeit vorbereitet.

Im Vorwort zur 3., überarbeiteten Auflage führen die beiden Herausgeber aus:

»Seit der Veröffentlichung der ersten Auflage von »Workers' tool or PR ploy ...« im März 2001 hat die internationale Debatte über Verhaltenskodizes an Bedeutung gewonnen. Diese Debatte ist Teil der weltweiten Bewegung, die die sozialen Folgen der Globalisierung hinterfragt.

Anfang 2002 richtete die Internationale Arbeitsorganisation eine »Weltkommission zur sozialen Dimension der Globalisierung« ein. Im Juli 2002 verabschiedete die EU-Kommission ein Weißbuch zur Globalen Sozialverantwortung von Unternehmen, in dem die Freiwilligkeit von Unternehmensaktivitäten zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen in globalen Lieferketten unterstrichen wird. Demgegenüber hatte im Mai 2002 das Europaparlament in einer zweiten Initiative zu Verhaltenskodizes für eine neue Gesetzgebung gestimmt, durch

die Unternehmen verpflichtet werden, jährliche Sozial- und Umweltberichte zu veröffentlichen. Immer mehr unterstützen die Wirtschaft und Regierungen das Konzept einer freiwilligen »Globalen Sozialverantwortung von Unternehmen« als Alternative zu bindenden Arbeitsgesetzen. Seit Beginn der 90er Jahre hatte die internationale Öffentlichkeit jedoch Verhaltenskodizes und unabhängige Kontrolleinstellungen unter Einschluss von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen gefordert, die Ergänzungen, und keine Alternativen zu der Gesetzgebung von Regierungen sein sollten.

Die fünf prominenten Verhaltenskodexmodelle, die in dieser Publikation analysiert werden, sind alle unabhängige Verifizierungseinrichtungen, die sich aus mehreren Parteien zusammensetzen. In den letzten Monaten gab es unter ihnen einige Annäherungsschritte – trotz zahlreicher fortbestehender Unterschiede. Diese Gemeinsamkeiten sollten zukünftig ausgebaut werden mit dem Ziel, offensichtliche Chancen von Verhaltenskodizes zur Verbesserung von Menschen- und Arbeitsrechten im Welthandel zu erhöhen.

Übersetzungen in mehrere Sprachen

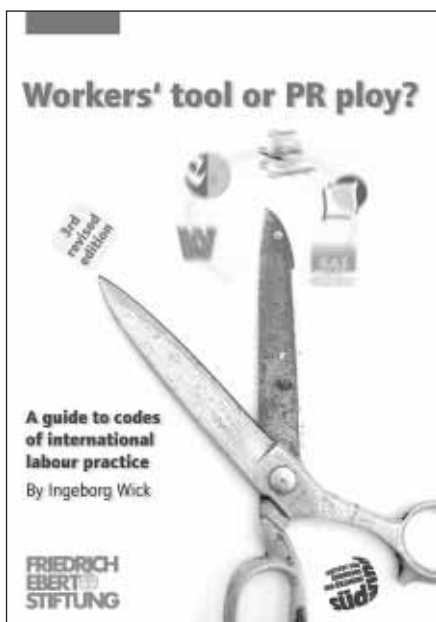
Die erste und zweite Auflage dieser Broschüre wurde in mehrere Sprachen übersetzt und für Gewerkschafts-Schulungsprogramme in verschiedenen Ländern eingesetzt. Wir hoffen, dass die 3., überarbeitete Auflage und weitere geplante Übersetzungen auch diesem Ziel dienen und dazu beitragen, dass Verhaltenskodizes zu nützlichen Instrumenten in den Händen von ArbeiterInnen werden.«

Reisen schließen sich an

Die Autorin von »Workers' tool ...« wurde von der Friedrich Ebert Stiftung in Colombo/Sri Lanka eingeladen, auf einem Seminar für GewerkschafterInnen aus Indien, Pakistan, Nepal und Sri Lanka am 9.–12.6.03 in Colombo zu den Themen der Publikation zu referieren.

Ingeborg Wick nimmt diese Gelegenheit wahr, um Recherchen über die Arbeitssituation von Frauen in den »Freien Exportzonen« Sri Lankas durchzuführen. Ergebnisse dieser Recherchen sollen in den für 2004 geplanten Dekadeband zu »Frauen in Freien Exportzonen« einfließen. In diesen Dekadeband sollen auch Fallbeispiele aus China und Indonesien aufgenommen werden.

INGEBORG WICK



SCHULDENERLASS: UNBEFRIEDIGENDE PARTIZIPATION BEI DER ARMUTSBEKÄMPFUNG

Als sich die mächtigsten Regierungschefs beim G7-Gipfel in Köln 1999 getroffen haben, beschlossen sie, dass in Zukunft Regelungen für einen Schuldenerlass verknüpft werden sollten mit Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, die in den Schuldnerländern ergriffen werden sollen. Damit soll sicher gestellt werden, dass frei werdende Mittel auch wirklich den Armen zugute kommen, was einer zentralen Forderung der Erlassjahrkampagnen entsprach. Wie aber ist dieses Anliegen umgesetzt worden?

»Neues« Instrument?

IWF und Weltbank entwickelten ein neues Instrument, nach dem die Länder in Zukunft sogenannte Strategiepapiere zur Armutsbekämpfung (PRSP, nach ihrer englischen Bezeichnung: Poverty Reduction Strategy Papers) erstellen sollen. Dies soll unter Beteiligung der Zivilgesellschaft geschehen, die an der Entwicklung dieser Papiere mitwirken soll. Sehr schnell wurde jedoch deutlich, dass der propagierte »Paradigmenwechsel« – wie von Nichtregierungsorganisationen (NRO) von Beginn an befürchtet – nicht stattgefunden hat: Die PRSP entsprechen in ihrem Design weitgehend den alten und in Misskredit geratenen Strukturanpassungsmaßnahmen, die makroökonomischen Rahmenbedingungen sind bis ins Detail vorgegeben; Partizipation, wie sie eigentlich vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank gefordert wird, wird in diesen Bereichen verhindert, so dass sie allenfalls – und auch hier mit erheblichen Defiziten – auf der Ebene der Prioritätensetzung in einzelnen Sektorbereichen stattfindet.

Ernüchternde Erfahrungen

In ihrem bisherigen Design sind PRSP kein geeignetes Instrument zur Armutsbekämpfung und/oder zur Herstellung von Partizipation. Aber sie stellen eine Realität dar, die auch in den nächsten Jahren die internationalen Nord-Süd-Beziehungen prägen werden, und – zumindest auf dem Papier – beinhalten sie ganz neue Möglichkeiten für eine neue Beziehung zwischen Zivilgesellschaft und weiteren nationalen und internationalen Akteuren. Angesichts der bisherigen ernüchternden Erfahrungen ist für eine Repolitisierung der Prozesscharakter

wichtig, nach dem gemäß den sich ergebenden und sich verändernden neuen Bedingungen die Dokumente regelmäßig angepasst werden sollen. Sehen auch die Partner im Süden das als neue Chance? Wenn ja, welche Art von Unterstützung brauchen sie, um diese Chance auch effektiv nutzen zu können? Gemeinsam mit den drei Hilfswerken Misereor, Brot für die Welt und dem Evangelischen Entwicklungsdienst startet SÜDWIND nun eine Pilotphase, in der diese Frage zusammen mit den afrikanischen Partnern der Hilfswerke erörtert werden sollen.

SÜDWIND-Projekt in Afrika

Als Teil dieser Zusammenarbeit nahm SÜDWIND an einem Workshop teil, der von dem afrikanischen Entschuldungsnetzwerk AFRODAD Ende April in Harare, Simbabwe, organisiert wurde. AFRODAD hat in zwei Phasen die PRSP-Prozesse in 10 afrikanischen Ländern untersucht, die bereits ihr endgültiges Strategiepapier vorgelegt haben. Eingeladen waren sowohl NRO- als auch RegierungsvertreterInnen, überwiegend aus dem südostafrikanischen Raum. Sie wollten gemeinsam insbesondere zwei Aspekte auswerten, die eine tragende Rolle spielen: Wie ist die Partizipation der Zivilgesellschaft gelaufen? Und wie gestalten sich die makroökonomischen Konditionalitäten der Programme, bzw. inwiefern stellen sie eine Neuorientierung der internationalen Finanzinstitutionen dar, ihre Programme verstärkt auf Armutsbekämpfung auszurichten? Die Ergebnisse dieser Untersuchungen decken sich im We-

TEILNEHMER*INNEN AM AFRODAD-WORKSHOP IN HARARE (FOTO: PETER LANZET)



sentlichen mit den Erkenntnissen, die auch zahlreiche frühere Untersuchungen zu dem Thema hervorgebracht haben, u.a. auch eine Umfrage von SÜDWIND, die wir im vergangenen Jahr im Auftrag von Brot für die Welt in vier Partnerländern durchgeführt haben: Erhebliche Defizite bei der Frage der Partizipation und keine Neuausrichtung der ökonomischen Vorgaben.

Defizite auf vielen Ebenen

Eine differenziertere Betrachtung in der Frage der Partizipation bringt jedoch auch unterschiedliche Ergebnisse zutage. In einigen Ländern haben die Regierungen es tatsächlich in die Wege geleitet, zivilgesellschaftliche Akteure bei der Diskussion um die Papiere einzubeziehen. Dies geschah aber in der Regel nur in einigen Sektorbereichen der Sozial- und Entwicklungspolitik. D.h.: zivilgesellschaftliche Gruppen hatten die Möglichkeit, bei der Ausgabenpolitik der Regierungen Vorschläge für Prioritäten einzubringen. Dies fand in Form von Konsultationen statt. Mit nur einer Ausnahme – Uganda – fand die Erstellung der Papiere auf ministerieller Ebene hinter verschlossenen Türen statt.

Sind in einigen Ländern zivilgesellschaftliche Akteure wenigstens in Teilbereichen für die Erstellung der Papiere konsultiert worden, lag die Gestaltung der makroökonomischen Politik, die den Strategiepapieren zugrunde liegt, völlig außerhalb ihres Einflussbereiches. Sie waren weder bei der Erstellung beteiligt, noch wurden ihre Empfehlungen berücksichtigt. Dies ist insbesondere dann problematisch, wenn zivilgesellschaftliche Gruppen ihre Vorstellungen von Armutsbekämpfung durch diese Rahmenbedingungen konterkariert sehen. Während eine gewisse Stabilität der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Wachstum heute allgemein als Grundvoraussetzung für die Bekämpfung von Armut anerkannt werden, haben in der Vergangenheit die sehr rigiden Sparmaßnahmen insbesondere in Afrika vielerorts zu einer Verschärfung der Armutssituation geführt. Eine Fortsetzung dieser Politiken wird daher von den afrikanischen Partnern als kontraproduktiv für die Bekämpfung von Armut angesehen.

Dilemma der NRO

Da sich aber nun an diesen Politikausrichtungen mit den neuen Programmen nichts geändert hat, geraten die NRO in ein Dilemma, das auch bei dem Workshop deutlich zum Ausdruck kam: Einerseits wissen sie, dass angesichts der Abhängigkeit ihrer Länder von externer Finanzierung und Schuldenerlass die Strategiepapiere in jedem Fall erstellt werden, mit oder ohne ihre Beteiligung. Somit sehen sie in den neuen Beteiligungsmöglichkeiten die einzige Chance, die dort formulierten Politiken in irgendeiner Weise zu diskutieren und mit ihren Regierungen in einen politischen Dialog einzutreten. Andererseits ist angesichts der neoliberalen Prämissen in den Papieren eine

Beteiligung in entscheidenden Bereichen gar nicht möglich und die Gefahr einer Kooptierung in eine Entwicklungsstrategie, deren makroökonomische Handlungsoptionen von ihnen klar abgelehnt werden, ist sehr real.

Sambia geht neue Wege

Um diesem Dilemma zu entgehen, wurde bei dem Workshop der Weg Sambias als eine gangbare Alternative hervorgehoben: Hier wurde unter Führung der sambischen Erlassjahrkampagne ein breiter paralleler Prozess zur Erstellung eines eigenen Entwicklungsprogramms eingeleitet. Die Ergebnisse dieses eigenbestimmten Prozesses wurden dann in recht großem Umfang in das offizielle Strategiepapier der Regierung aufgenommen. Die makroökonomischen Prämissen konnten allerdings auch hier nicht beeinflusst werden. Dennoch scheint auf diese Weise das Dilemma zwischen dem Zwang, nicht hinter unabwendbaren Ereignissen zurückzubleiben, und der Angst vor Kooptierung einigermaßen aufgelöst werden zu können. (Ein Vertreter der sambischen Kampagne war bei der von Brot für die Welt, Misereor, EED und SÜDWIND organisierten Veranstaltung beim Ökumenischen Kirchentag zu diesem Thema vertreten.)

Die NRO können ein eigenes und kohärentes Konzept entwickeln und dieses in die Diskussion um die nationale Strategie einbringen. Damit solche Ergebnisse dann aber auch Gehör finden, müssen auf nationaler Ebene Strukturen geschaffen werden, vor allem aber muss auf internationaler Ebene, sprich: seitens der internationalen Finanzinstitutionen, gewährleistet sein, dass auch alternative Konzepte akzeptiert werden, solange sie kohärent sind und insbesondere dann, wenn sie auf einem breiten nationalen Konsens beruhen.

Norden muss handeln

So war denn auch ein weiteres wichtiges Ergebnis des Workshops die Betonung der Notwendigkeit einer Institutionalisierung von Partizipation, insbesondere auch in dem nun einsetzenden Prozess des Monitoring und der Umsetzung der Strategiepapiere. Die Erfahrungen, die NRO auf diesem Gebiet sammeln, bedeuten eine deutliche Weiterqualifizierung in dem als Politikzyklus angelegten PRSP-Prozess. Diese Erfahrungen dürfen dann bei einem weiteren Zyklus der Erstellung von Entwicklungsstrategien nicht unberücksichtigt bleiben, denn sonst besteht die große Gefahr, dass versuchte Partizipation in tatsächliche Frustration umschlägt. Eine Institutionalisierung der Partizipation, in der auch eine systematische statt einer sporadischen und selektiven Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure angelegt ist, sowie eine ernsthafte Auseinandersetzung mit und die Akzeptanz von alternativen Vorschlägen für eine eigenbestimmte Entwicklung seitens der internationalen Finanzinstitutionen sind dann unabdingbare Voraussetzung dafür, dass dies nicht passiert.

Die Dominanz der internationalen Finanzinstitutionen und vor allem die eindimensionale Ausrichtung der von ihnen empfohlenen Sanierungsmaßnahmen wurde auch bei diesem Workshop einmal mehr als zu übermächtig empfunden. Selbst seitens einiger Ministerialvertreter (z.B. aus Malawi und Sambia) wurde sogar der Wunsch geäußert, zivilgesellschaftliche Gruppen könnten mit ihrer Analyse über Armutsprozesse und deren Ursachen die Positionen der Regierungen in deren Verhandlungen mit den Finanzinstitutionen unterstützen. Bis dahin ist es allerdings ein weiter Weg, denn Kommunikationsprozesse müssen vielerorts erst installiert und dort, wo es sie gibt, gefestigt und institutionalisiert werden. Die wichtigste

Arbeit findet aber wieder einmal im Norden statt: Ein deutliches Signal an die Regierungen im Süden in Richtung einer Abkehr von eindimensionalen neoliberalen Wirtschaftsmodellen ist unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die positiven Ansätze in den Konzepten der PRSP zum Tragen kommen. Als erster Schritt wäre es hilfreich, wenn die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des PRSP von den Exekutivgremien von Weltbank und IWF ausgelagert und einer demokratischeren und neutraleren Entscheidungsgewalt übergeben werden, wie z.B. einer Institution der UNO.

IRENE KNOKE

DIE SCHULDENKRISE: VON MONTEVIDEO NACH PORTO ALEGRE

Pedro Morazán beschäftigte sich auch in den vergangenen Monaten intensiv mit der verfahrenen Schuldensituation in Südamerika. In Zusammenarbeit mit erlassjahr.de und mit der Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung hat SÜDWIND Anfang März dieses Jahres im Kongress von Uruguay ein Treffen von südamerikanischen ParlamentarierInnen organisiert. Die Idee dazu entstand bei einem von SÜDWIND beim Weltsozialforum in Porto Alegre veranstalteten Workshop.

Uruguay und Kafka

Als wir die erste Zusammenkunft von lateinamerikanischen Parlamentariern und Parlamentarierinnen zur Diskussion über eigene Vorschläge für eine Lösung der Schuldenkrise vorbereitet haben, konnten wir nicht ahnen, dass die uruguayische Regierung erneut in Zahlungsschwierigkeiten geraten würde, zumindest nicht so schnell. Das Timing war perfekt: Just an dem Tag, als wir das Parlamentariertreffen zum Thema Auslandsverschuldung in Montevideo, Uruguay, eröffnet hatten, informierte die uruguayische Presse über ein erneuten Default Uruguays. »Ich fühle mich wie in einem Roman von Franz Kafka: Weil das Thema so wichtig und so aktuell ist, müssen die Abgeordneten, diese öffentliche Anhörung im Kongress dringend verlassen«, sagte Daniel Olesker, Vertreter des Gewerkschaftsverbandes (PIT-CNT). Was war passiert? Hatten die uruguayischen Abgeordneten kein Interesse mehr an dem Schuldenproblem ihres Landes? Ganz und gar nicht: Sie wurden zu dringenden Beratungen mit dem Finanzminister und den Zentralbankpräsidenten einberufen, weil die uruguayische Regierung mal wieder Schwierigkeiten hatte, ihren Verpflichtungen bei den internationalen Gläubigern nachzukommen. Es sollte

erneut so getan werden, als ob man eine »Lösung für ein vorübergehendes Liquiditätsproblem« anbieten würde: Der Schuldenumtausch der fälligen Anleihen sollte durch neue Staatsanleihen mit längeren Rückzahlungsfristen und härteren Zinsbedingungen vollzogen werden, und zwar so, dass sie attraktiv genug sind für ausländische Kapitalanleger.

Breites Medienecho

Gut für uns war, dass plötzlich alle Medien in Uruguay ein großes Interesse an dem Vorschlag für ein internationales Schiedsverfahren hatten, schlecht daran war jedoch, dass die neue Stresssituation der Zentralregierung die Aufmerksamkeit vieler Abgeordneten aus Uruguay abgelenkt hatte: Weil das Kurzfristige so drängte, konnte man sich nicht so sehr auf das Langfristige bzw. Wesentliche konzentrieren. Nun, wie wir inzwischen erfahren haben, ist der Kafkaweg durch den Beschluss der IWF-Diskussion bei der Frühjahrstagung wieder mal um einiges mühsamer geworden: Die privaten Gläubiger haben mit der verdeckten bis offenen Unterstützung der mächtigen Regierungen der G-7-Länder jeglichen Ansatz einer Veränderung des gegenwärtigen Schuldenregimes erfolgreich torpediert und durch den eigenen Vorschlag die internationale Diskussion um die Einführung eines internationalen Insolvenzverfahrens fürs Erste beendet. Die kleine Metamorphose/Veränderung der IWF – Statuten war den Schuldenspekulanten zu gefährlich, drohte doch dadurch das lukrative Geschäft mit der Überschuldung der Länder mit mittleren Einkommen zu kippen. Nun werden die Schuldnerländer auf absehbare Zukunft ihre Insolvenzsituation als Entwicklungsblockade Nummer 1 ohne ein geregeltes Verfahren überleben müssen.

Gefährlicher IWF

Grund zur Resignation? Eigentlich nicht, denn aus der Sicht der Armen enthält der Vorschlag des IWF mehr Gefahren als Chancen für die hochverschuldeten Länder. Der Versuch, nun mit »marktkonformen Klauseln« bei den neuen Anleihen die privaten Gläubiger an kollektive Umschuldungsoperationen zu binden, geht zwar an den Ursachen des Problems vorbei, wird aber wohl oder übel ein Teil der Lösung auch im Fall der Durchsetzung eines internationalen Schiedsverfahrens sein. Die Regierungen der großen Schuldnerländer, die in eine unheilige Allianz mit dem Privatsektor für eine solche »Lösung« eingetreten sind, handelten im Endeffekt wie ein Drogenabhängiger: Unfähig, in die Normalität zurückzukehren, versucht er mit allen Mitteln mehr »Stoff« zu bekommen, um seinen Rauschzustand auch auf Kosten seines Lebens zu verlängern. Die »Drogenhändler« haben sich also durchgesetzt.

Für die Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich in Gläubiger- und Schuldnerländern mit dem Schulden Thema beschäftigen, bleiben mindestens zwei Herausforderungen: Erstens müssen die eigenen Vorschläge weiterentwickelt werden, und zwar mit einer stärkeren Lobbyarbeit gegenüber der Schuldnerregierungen, und zweitens sollte das Thema Auslandsverschuldung mit den anderen Fragen der Globalisierung wie Liberalisierung des Welthandels, Privatisierung von Dienstleistungen und Deregulierung internationaler Finanzmärkte gekoppelt werden, ohne die Fokussierung aufzugeben. Es wäre fatal, die bisherige Arbeit aufzugeben, nur weil das Thema auf der internationalen Agenda der offiziellen Stellen nicht mehr vertreten ist. Der engere Kontakt mit den Kampagnen in den Ländern des Südens sollte in zwei wichtigen Fragen gesucht werden: 1. bei der Umsetzung der HIPC-Initiative insbesondere in Afrika und 2. bei der Debatte um eine neue Finanzarchitektur insbesondere in Bezug auf eine Änderung des internationalen Schuldenmanagements.

Mit SÜDWIND beim Weltsozialgipfel in Porto Alegre

Auch in diesem Jahr konnte SÜDWIND am Weltsozialforum in Porto Alegre teilnehmen und dort eigene Themen einbringen, diesmal in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dort entstand auch die Idee für die Veranstaltung in Montevideo.

Wir haben gemeinsam eine Publikation auf Spanisch herausgegeben, die den aktuellen Stand der internationalen Diskussion über die Lösung von Schuldenkrisen zusammenfasst (»Deuda externa: Nuevas crisis, nuevas soluciones?«). Diese Publikation ist bei SÜDWIND erhältlich (siehe Publikationsliste auf der letzten Seite). Im Rahmen eines Workshops konnten wir ein wichtiges Positionspapier aus dem Süden vorstellen. Alberto Acosta, Ökonom aus Ecuador und Oscar Ugarteche, Ökonom aus Peru haben in einem Paper mit dem Titel »Für ein



AUF DEM WELTSOZIALFORUM VON PORTO ALEGRE: ALBERTO AOSTA, OSCAR UGARTECHE UND PEDRO MORAZÁN (FOTO: A.-K. SCHNEIDER)

Internationales Schiedsgericht für Staatsschulden« neue und interessante Vorschläge für eine Lösung des Schuldenproblems gemacht. Wichtig in diesem Paper ist nicht nur der Beitrag aus dem Süden. Acosta und Ugarteche unternehmen den wertvollen Versuch, auch die für Jubilee South so wichtige Frage der illegitimen Schulden in einem Verfahren zu berücksichtigen.

Die lateinamerikanischen Autoren stellen vier relevante Fragen hinsichtlich der Auseinandersetzung mit illegitimen Schulden:

- Wie kann man erfahren, auf welchen Konten das Geld liegt?
- Wie kann man herausfinden, wer das Geld veruntreut hat?
- Vor welchem Gericht soll dies eingeklagt werden und
- Wer streicht durch einen völkerrechtlich verbindliches Urteil diese Schulden?

Sie schlagen vor, dass bei einem Zahlungsstopp alle Gläubiger ihre Forderungen gleichermaßen einstellen (standstill), damit durch Einschaltung eines Gerichtes eine einheitliche, faire Behandlung aller erreicht werden kann. Das internationale Gericht soll außerdem darüber entscheiden, welche Kredite legitim sind und welche nicht, da es in der Geschichte viele Beispiele dafür gibt, dass korrupte Kredite weiterhin abbezahlt werden, obwohl diese Mittel nie in die nationale Wirtschaft eingegangen sind und zur Bereicherung eines Diktators dienten. Die Autoren schlagen weiterhin vor, nach demselben Mechanismus, mit dem durch eine UN-Kommission ein internationaler Handelskodex geschaffen wurde, einen internationalen Finanzkodex zu verfassen. Während dieser Kodex erarbeitet wird, sollte die Internationale Handelskammer in Paris genutzt werden, die bereits eine Tradition als Schiedsgericht hat. Sie könnte als Anlaufstelle für Anträge fungieren: sei es vom Schuldner, um Forderungen zu suspendieren und Schutz vor Embargos zu genießen, oder von einem Gläubiger.

Auch die Internationalen Finanzinstitutionen sollten Gegenstand internationaler Beobachtung und Kontrolle durch Organisationen der Zivilgesellschaft sein. Diese sollten Berichte vor einer dazu berufenen UNO-Kommission präsentieren, welche ihrerseits der Vollversammlung einen jährlichen Bericht zur Billigung der Mitgliedsstaaten vorlegt. Außerdem sollte ein Internationales Schiedsgericht für Staatsschulden

(TIADS) nach dem Muster des Internationalen Gerichtshofs geschaffen werden, um zu verhindern, dass sich die Probleme, die wir heute in diesem Bereich feststellen, wiederholen.

Die Diktatur der Gläubiger

In den internationalen Finanzinstitutionen werden ausschließlich die Interessen der Gläubiger und ihre durch die Kreditvergabe erworbenen Rechte, nicht aber ihre Pflichten und die Rechte der Schuldner berücksichtigt. Die Mitverantwortung der Gläubiger, die in fast allen nationalen Insolvenzgesetzen juristische Norm ist¹, wird auf internationaler Ebene nur in Ausnahmefällen eingeklagt. Für die Lösung der Konflikte zwischen souveränen Schuldnern und Gläubigern existiert keine international anerkannte unabhängige Schlichtungsinstanz. Die Folge ist meistens die Einschränkung der nationalen Souveränität des Schuldnerlandes. Da die Wahrung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Menschen nur durch die dafür im nationalen Rahmen entstandenen Institutionen (Familie, Schule, Krankenhaus etc.) geschehen kann, dürften internationale Verträge – und dazu gehören auch Kreditverträge – die Wahrung fundamentaler Rechte bzw. die Funktionsfähigkeit rechtstaatlicher Institutionen nicht in Frage stellen.

Diese völkerrechtliche »Schieflage« führt bei vielen zu der Infragestellung der Legitimität von Schulden. In der modernen Geschichte taucht der Begriff »Odious debt« 1898 auf: Die USA als neue Kolonialmacht weigerten sich die Schulden Kubas gegenüber der alten Kolonialmacht Spaniens zu bedienen. Daraus wurde von dem anerkannten russischen Völkerrechtler A. N. Sacks die »Odious Debt Doktrin« abgeleitet.

Was sind odious debts?

Odious Debts, zu Deutsch »sittenwidrige Schulden«, sind in der Definition von Sacks jene souveräne Schulden, die ohne die Zustimmung der Bevölkerung und nicht zu deren Wohl von einer Regierung aufgenommen wurden. Sie können und dürfen – so die Forderung – deswegen nicht auf die Nachfolgeregierung übertragen werden, insbesondere wenn dann nicht

den Gläubigern diese Situation bei der Kreditvergabe bekannt war. Nach dieser Doktrin sollen solche Schulden für null und nichtig erklärt werden, weil sie die Bedingungen der Legalität von Staatsschulden nicht erfüllen: Die Schulden des Staates, also der öffentlichen Hand, sollten aufgenommen werden, nur um die Bedürfnisse und die Interessen des Staates zu befriedigen. So gesehen ist eine Nachfolgeregierung nicht verpflichtet, die Schulden einer Diktatur zu bedienen, wenn diese zu einer Beeinträchtigung des Gemeinwohls der Bevölkerung beigetragen haben.

Wodurch unterscheiden sich nun »illegitime« von »legitimen« Schulden in juristischer und in ökonomischer Hinsicht? Ist eine solche Unterscheidung überhaupt sinnvoll und machbar? Welche Instanz könnte völkerrechtlich herangezogen werden, um legitime von illegitimen Schulden zu unterscheiden?

Wie definiert die Jubilee-Bewegung illegitime Schulden?

Im Rahmen der internationalen Jubilee-Bewegung hat sich in den letzten drei Jahren die Diskussion um illegitime Schulden in eine neue qualitative Richtung bewegt. Für viele Bewegungen im Süden besteht das Problem darin, dass die Auslandsverschuldung ein Ergebnis internationaler Ausbeutung ist und deswegen als illegitim und unmoralisch zu bezeichnen ist. Hatten die engagierten Organisationen vor allem im Süden das Thema eher aus einer allgemeinen ideologischen Perspektive behandelt, entwickelten sich im Rahmen der internationalen Debatten der letzten drei Jahren, um die Auslandsverschuldung neue interessante Abhandlungen, die zu einer systematischen Erweiterung der ursprünglichen Doktrin der sittenwidrigen Schulden geführt haben. Zu den prominentesten Vertretern dieser Diskussion gehören die Odious Debt Expertin Patricia Adams, das afrikanische Schuldennetzwerk AFRODAD, KAIROS – Canada, J. Hutton im Auftrag von norwegischen Christian Aid sowie Alberto Acosta und Oscar Ugarteche aus Lateinamerika.

In allen diesen Ansätzen gelten als illegitim nicht nur die sittenwidrig, d.h. die Schulden, die von einem Diktator gegen das Gemeinwohl der Bevölkerung aufgenommen wurden, sondern ganz allgemein

- alle Schulden, bei deren Rückzahlung die Rechte der Bevölkerung auf Nahrung, Bildung, Gesundheit etc. verletzt werden;
- alle Schulden, die für die Finanzierung von Projekten aufgenommen wurden, die nicht zum Gemeinwohl der Bevölkerung beigetragen haben;
- alle Schulden, die infolge von externen Entwicklungen, die nicht vom Schuldnerland beeinflusst werden können, unbezahlbar wurden;
- alle privaten Schulden, die infolge von Umwandlungsoperationen zur Rettung von privaten Gläubigern verstaatlicht wurden;

PODIUM BEIM PARLAMENTARIERINNEN-TREFFEN IN MONTEVIDEO
(FOTO: JÜRGEN KAISER)



- alle Schulden, die zur Finanzierung von Kapitalflucht eingesetzt wurden;
- alle Schulden, die durch Korruption aufgenommen wurden.

In dieser Festlegung der Kriterien liegt die Begründung dafür, dass der größte Teil der Auslandsverschuldung der Länder des Südens als illegitim angesehen wird. In ihrer Studie zum Thema illegitime Schulden erklärt Patricia Adams, eine ehemalige Weltbankfunktionärin: »Wenn Regierungsbeamten öffentliche Investitionen als Vehikel für politische Vergünstigungen, Korruption und Kapitalflucht missbrauchen und dadurch die technische Tragfähigkeit von Entwicklungsprojekten ignorieren, verwandeln sich die Auslandskredite in eine Zerstörungskraft gegen die öffentlichen Interessen des Schuldnerlandes. Ausländische Bankenexperten, die nichts gegen diese Unregelmäßigkeiten unternehmen, sind auch für diese Gewaltakte gegen die Bevölkerung des Schuldnerlandes mitverantwortlich.« Zudem habe das Schuldenmanagement nach 1982 nicht zu einer Lösung der Krise beigetragen, was die

Mitverantwortung der öffentlichen Gläubiger für die Verschlechterung der sozialen Lage der Bevölkerung in den Schuldnerländern dokumentiere.

Ohne Zweifel besteht in der heutigen Weltwirtschaft ein struktureller Konflikt zwischen Schuldnern und Gläubigern, dessen Kern nicht alleine eine finanztechnische Angelegenheit ist. Um mit den Worten von Walter Benjamin zu sprechen, besteht die Herausforderung darin, in einem historischen Projekt Gerechtigkeit für die zukünftigen Generationen zu schaffen, ohne die Opfer der Vergangenheit zu vergessen.

PEDRO MORAZÁN

- 1 In Großbritannien und Australien dürfen beispielsweise Schulden, die für Glücksspiele aufgenommen wurden, nicht eingetrieben werden.
- 2 Es gibt zahlreiche Fälle in der europäischen Geschichte, in denen souveräne Schulden als sittenwidrig angesehen und deswegen nicht bedient wurden.

KAMERUN: ENTSCHULDUNG, ARMUTSBEKÄMPFUNG, ZIVILGESELLSCHAFT UND PARTIZIPATION

Pedro Morazán war im Dezember 2002 im Auftrag des »Forums Kamerun« in Ombe / Kamerun. Dort beteiligte er sich an einer Konsultation der Zivilgesellschaft zum Thema »Armutsbekämpfung in Kamerun«. In dem westafrikanischen Land versuchen die Kirchen, sich aktiv in die Diskussion um die Verwendung der bei Schuldenerlassen freiwerdenden Mittel einzuschalten. Deutsche Hilfswerke versuchen, diese Bemühungen zu unterstützen.

Armutsbekämpfungsstrategie vorgestellt

Kamerun zählt zu den höchst verschuldeten Ländern Afrikas. Im Rahmen der Entschuldungsstrategie von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) für arme hochverschuldete Staaten (HIPC-II-Initiative) erreichte Kamerun im September 2000 den sogenannten »decision point«: Alle von den Gläubigern gestellten Bedingungen waren so weit erfüllt, dass entschieden werden musste, ob und in welcher Höhe Kamerun einen Schuldenerlass erhält.

Zu diesen Bedingungen gehört die Erstellung einer vorläufigen Strategie zur Bekämpfung der Armut, abgekürzt nach dem englischen Fachbegriff »Interim-PRSP«.

Die kamerunische Regierung stellte bereits im August 2000 ein solches Interim-PRSP fertig. Im Dezember 2001 legte sie einen ersten Fortschrittsbericht vor. Am 11.12.2002 gab sie der Zivilgesellschaft ihre Armutsbekämpfungsstrategie bekannt. Daraufhin haben die im Konsultativkomitee vertretenen Organisationen der Zivilgesellschaft zu einer Konsultation vom 16.12.–19.12.02 in Ombe geladen. Es kamen Vertreter und Vertreterinnen von mehr als 50 Organisationen, darunter Gewerkschaften, Kirchen, Nichtregierungsorganisationen (NRO), Interessenvertretungen des privaten Sektors, Berufsstände, Bauern- und Menschenrechtsorganisationen aus dem ganzen Land.

Die Auswertung und die Empfehlungen aus den verschiedenen Arbeitsgruppen der bei der Konferenz vertretenen Organisationen bilden eine gute Grundlage für eine Nachfolgearbeit, selbst wenn diese – wie zu befürchten – nicht vollständig von der Regierung aufgenommen werden. Wenn man das

Endpapier mit den Diskussionen in den Arbeitsgruppen und z. T. den direkten Vorschlägen vergleicht, stellt man fest, dass vieles in einer Art Selbstzensur verwässert wurde. Zwei negative Entwicklungen können die Umsetzung des PRSP in Kamerun behindern: a) wenn der Konsultationsprozess weiterhin zentralistisch administrativ gestaltet wird und b) wenn die Konsultationen eher zufällig und nicht systematisch nach einem mittel- und langfristigen Plan veranstaltet werden. In dem Konsultationsprozess vermissten die Beteiligten eine gewisse Methodik, d.h. eine zielorientierte Umsetzung der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Zivilgesellschaft. Das liegt daran, dass man hier eher eine konsultative und keine partizipative Methodik anwendet. Zu folgenden Schwachstellen könnte eine Nachfolgearbeit angestrebt werden:



IM AUFTRAG DES FORUMS KAMERUN FÜHRTE PEDRO MORAZÁN GESPRÄCHE MIT ORGANISATIONEN DER KAMERUNISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT.

Ursachenanalyse

Eine Schwäche des Regierungspapiers ist die mangelnde Kohärenz der verschiedenen Sektoren. Man hat den Eindruck, es handelt sich mehr um Pläne und weniger um Strategien.

Die Beteiligten kritisierten auch die mangelnde Analyse der armutsverursachenden Strukturen. Die Unterscheidung zwischen den Ursachen und den Bestimmungsfaktoren der Armut ist auch sehr schwach, so dass die Instrumente und die dazu definierten Aktionen in ihrer Wirkung begrenzt bleiben könnten. Die Einbeziehung ökonomischer Prämissen ist ebenfalls unzureichend gewesen. Dies ist nicht nur in der schwachen makroökonomischen Analyse erkennbar, sondern auch in den daraus entwickelten Maßnahmen. Widersprüche der makroökonomischen Politik mit dem PRSP wurden festgestellt, z. B. dass die Steuereinnahmen der Regierung schneller als die Wirtschaft wachsen sollen und dass die Auslandsverschuldung bis 2006 weiter wachsen soll.

Man spricht im Dokument über benachteiligte Gruppen, ohne konkret zu definieren, wer sie sind, und die entsprechenden Instrumente zu entwickeln, um sie zu erreichen und ihre Situation zu verbessern.

Mögliche Koalitionen

Bei der Konferenz in Ombe gab es eine Runde, in der über eine mögliche Koalition mit den »Geberländern« gesprochen wurde, um den Prozess wirkungsvoller zu gestalten. Auch die Zusammenarbeit mit Koalitionen wie dem »Forum Kamerun« in Deutschland wurde in diesem Zusammenhang erwähnt. Eine lange Diskussion wurde geführt, um die Frage zu klären, wie die beteiligten Organisationen die Ergebnisse des Workshops, d. h. die konstruktive Kritik, an die Regierungen der Geberländer und die multilateralen Institutionen weiterleiten können, ohne die Regierung zu verärgern. Diese Diskussion war ziem-

lich profan, denn kurz zuvor wurde beschlossen, die Ergebnisse auch durch die Presse öffentlich zu machen. Darüber hinaus sei vermerkt, dass Vertreter der Geberländer im Umsetzungscommittee der Regierung (CCS) vertreten sind, an dem auch die Organisatoren der Konsultation teilnehmen.

Strategie für die Übergabe der Ergebnisse an die Regierung

Die Regierung hat einen ziemlich engen Umsetzungsprozess vorgesehen. Am 27.12.02 sollte das PRSP zusammen mit der Zivilgesellschaft der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Bis heute haben wir keine Rückmeldungen aus Kamerun darüber erhalten. Am 15.01.03 sollte das Strategiepapier bei den Geberinstitutionen eingereicht werden, damit diese am 28. Januar die Zustimmung geben. Diese Planung erscheint ziemlich unrealistisch und zeugt darüber hinaus nicht von einer gründlichen Umsetzung des PRSP von der Regierungsseite. Es bleibt abzuwarten, wie die Weltbank und die bilaterale Kooperation darauf reagieren.

Das Forum Kamerun

Für das Forum Kamerun ist der Workshop ein kleiner Erfolg in Richtung Partizipation. Jedoch bleibt eine ganze Menge zu tun in zwei Richtungen: a) Die Zusammenarbeit mit dem Komitee, das für die technische Umsetzung zuständig ist (CTS) sollte weiter geführt werden. b) Wichtige Anstrengungen sollten unternommen werden, um die lokalen Organisationen und Gruppen stärker in den Konsultationsprozess einzubinden. Konkret scheinen mir folgende Handlungsempfehlungen für das nächste Jahr:

1. Veranstalten einer Konferenz zum Schwerpunkt Bildung und Gesundheit in Zusammenarbeit mit der GTZ und dem »Forum Cameroun« in Kamerun.

2. Unterstützen einzelner Projekte auf lokaler Ebene in beiden Bereichen mit Hilfe der Botschaft und des BMZ im Rahmen des PRSP. Pilotprojekte könnten mit Kumbo oder CEBEC in Douala und Caritas in Yaoundé angestrebt werden.
3. Deutsche Hilfswerke sollten in Kooperation mit französischen Organisationen die Aktivitäten des Forum Cameroun unterstützen. Denkbar ist ein Sekretariat in Yaoundé (mit zwei Personen?) zur Partizipation der Kirchen im PRSP für eine begrenzte Zeit von zwei bis drei Jahren.
4. Vortragen des Interesses der kamerunischen Kirchen und anderer Organisationen der Zivilgesellschaft sowohl in Frankreich als auch in Deutschland an offizieller Kooperation. Eine Delegationsreise nach Europa sollte 2003 angestrebt werden, ebenso wie Gespräche mit dem BMZ und der GTZ.
5. Wichtige Schwerpunkte des Workshops sowie die konstruktive Kritik könnten im Rahmen einer Studie detailliert ausgearbeitet werden.

Der Workshop in Ombe hat gezeigt, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in Kamerun (NRO, Kirchen, Gewerkschaften und andere Interessenvertretungen) ein weitgehend ungenutztes Potenzial für die Armutsbekämpfung darstellen. Darüber hinaus erweckte diese Veranstaltung den Eindruck, dass diese Organisationen aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben und ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit größer geworden ist.

Für die internationale Kooperation bleibt Kamerun ein paradoxes Beispiel von relativer politischer Stabilität bei autoritärer Regierungsführung sowie eine Herausforderung, Krisenprävention durch Förderung lokaler und regionaler Initiativen zu unterstützen. Stagnation und Korruption kennzeichnen weiterhin das politische System in Kamerun. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung positiv auf das Angebot der Zivilgesellschaft zur Zusammenarbeit bei der Umsetzung des PRSP reagiert.

Fazit

Im Rahmen des Projektes wurden die allgemeinen Arbeiten im Bereich Koordination, Vernetzung, Bildung und Advocacy durchgeführt. Wegen der langsam verlaufenden Absprachen in Kamerun konnte erst spät – mit Unterstützung der GTZ – eine Konferenz der Zivilgesellschaft in Kamerun organisiert werden. Bereits am 11.12.02 wurde eine gemeinsame Position der Kirchen in Kamerun zum Thema PRSP entwickelt und der Öffentlichkeit vorgestellt. Diese kann die Grundlage für eine Nachfolgearbeit im Bereich Lobbying und Vernetzung in Deutschland und Europa bilden. Die bisherigen Bemühungen tragen langsam Früchte und sollten stärker unterstützt werden, denn die Partner in Kamerun brauchen eine institutionelle Stärkung, damit sie sich stärker als bisher in den Konsultationsprozess einbringen können.

PEDRO MORAZÁN

Dokumentation: 21.2.2003 in Stuttgart

EXPERTENHEARING

»GRUNDSÄTZE SOZIALER VERANTWORTUNG BEI DAIMLERCHRYSLER«

Vortrag von Ingeborg Wick, SÜDWIND Institut für Ökonomie und Ökumene, zum dritten Panel »Der DaimlerChrysler Kodex im Detail«

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich danke den Veranstaltern für die Einladung und freue mich über die Gelegenheit, zu den »Grundsätzen Sozialer Verantwortung bei DaimlerChrysler« Stellung nehmen zu können.
(...)

Der DaimlerChrysler Kodex im Detail:

Rahmenabkommen vs. Verhaltenskodex

Die »Grundsätze zur sozialen Verantwortung bei DaimlerChrysler« vom September 2002 sind nicht der Kategorie von »Verhaltenskodizes«, sondern von »Internationalen Rahmenabkommen« zuzuordnen.

»Ein Rahmenabkommen ist ein Abkommen, das ein multinationales Unternehmen und eine globale Gewerkschaftsfö-

deration bzgl. der internationalen Aktivitäten des Unternehmens abschließen. Obwohl ein internationaler Verhaltenskodex Teil des Rahmenabkommens sein kann, ist das Hauptziel eines Rahmenabkommens, eine dauerhafte Arbeitsbeziehung zwischen einem multinationalen Unternehmen und einer internationalen Gewerkschaftsorganisation zu etablieren.« (Wick 2003)

Es gibt heute 20 Rahmenabkommen, die zwischen multinationalen Unternehmen wie Ikea, Faber-Castell, Chiquita, Volkswagen und DaimlerChrysler und Globalen Gewerkschaftsföderationen wie IFBWW, IUF und IMF vorwiegend seit Mitte der 90er Jahre abgeschlossen worden sind. Bis heute liegen erst wenige Erfahrungswerte vor. Soweit bekannt wurde, konnten in einigen Fällen wie z.B. bei Nestlé und Accor durch den Druck örtlicher Gewerkschaften und intensiver Pressearbeit Fortschritte für die Beschäftigten erzielt werden. (Wick 2003)

Im Unterschied zu Rahmenabkommen werden Verhaltenskodizes als Instrument meist in denjenigen Industrien, Standorten und Unternehmen eingesetzt, in denen der gewerkschaftliche Organisationsgrad gering bis nicht-existent ist, wie z.B. in der informalisierten Wirtschaft entlang verschachtelter Zulieferketten im Beschaffungssystem multinationaler Unternehmen. Im besten Fall dienen Verhaltenskodizes der Verbesserung von Sozialstandards durch Förderung von Gewerkschaftsarbeit und die Einrichtung unabhängiger Verifizierungssysteme («Multistakeholder-Initiativen»), an denen Gewerkschaften, gewerkschaftsnahe Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen aus Industrie- und Entwicklungsländern beteiligt sind. Dabei versteht sich diese Arbeit als Ergänzung der Regierungsaufsicht zur Einhaltung von Arbeitsgesetzen, und nicht als Alternative. Im schlechten Fall dienen Verhaltenskodizes lediglich der Imagepflege multinationaler Unternehmen, verändern keine Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und dienen als Ersatz für eine (nicht-eingehaltene) Arbeitsgesetzgebung. Die meisten der heute bestehenden 246 Verhaltenskodizes sind einseitig von Unternehmen entwickelte Selbstverpflichtungen ohne unabhängige Kontrolle. (OECD 2000) Doch sind in den letzten Jahren vor allem im Bereich der Bekleidungs- und Sportswearindustrie «Multistakeholder-Initiativen» wie z.B. die Fair Labor Association, Social Accountability International, Worker Rights Consortium, Ethical Trading Initiative und die Fair Wear Foundation gegründet worden, die eine institutionalisierte unabhängige Kontrolle der Einhaltung von Kodex-Verpflichtungen vorsehen. (Wick 2003)

In der Debatte um die globale Sozialverantwortung von Unternehmen und Instrumente wie Rahmenabkommen oder Verhaltenskodizes sind die Fragen a) der Auswahl und Definition von Sozialstandards, b) des Anwendungsbereichs, c) der Übernahme der Kosten und d) der Kontrolle oft strittig. Mit Blick auf die »Grundsätze Sozialer Verantwortung bei DaimlerChrysler« will ich diese Fragen nun näher untersuchen.

Sozialstandards

Der Katalog von Sozialstandards entspricht weitgehend dem Modellkodex des IBFG von 1997 und dem Modell-Rahmenabkommen des IMB von 1998, mit einigen Erweiterungen und Defiziten.

Mit der Forderung nach dem Respekt und der Unterstützung der Einhaltung der international anerkannten Menschenrechte geht DaimlerChrysler über die genannten Modell-Texte hinaus, wenn auch im Vergleich zu der entsprechenden Formulierung im UN Global Compact in abgeschwächter Form. Dort heißt es über die »Grundsätze« hinaus: »Unternehmen sollen (...) sicherstellen, dass sie nicht indirekt in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind.«

Der Aufnahme dieses wenn auch abgeschwächten Paragraphen in die »Grundsätze« kommt eine große Bedeutung zu. Wie im Völkerrecht, in dem die Menschenrechte allen spezifischen Rechten übergeordnet sind, nimmt diese Forderung in den »Grundsätzen« einen vorrangigen Platz ein.

Allerdings stellt sich die Frage, wie diese Forderung mit der Rüstungsproduktion und mit den Rüstungsaktivitäten von DaimlerChrysler in vielen Staaten dieser Welt, in denen Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind, vereinbar sind.

Über sein Geschäftsfeld MTU/Dieselantriebe und vor allem über seine 33%ige Beteiligung an dem weltweit drittgrößten Luft- und Raumfahrtkonzern »European Aeronautic Defence & Space Company (EADS) zählt DaimlerChrysler zu den großen Rüstungsunternehmen dieser Welt. Müßten nicht die Stimmen, die im Interesse der Wahrung der Menschenrechte eine Umstellung der militärischen auf zivile Produktion (Konversion) der EADS fordern, ernst genommen werden?

In Bezug auf die Gewerkschaftsrechte sind die »Grundsätze« weitergehend als die sich allgemein auf die ILO-Konventionen 87 und 98 beziehenden Modell-Texte von IBFG und IMB. Abgeleitet aus der Bedeutung dieser beiden ILO-Konventionen als »Kernarbeitsnormen« bezeichnen ihre »Grundsätze« das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, als Menschenrecht. Die Ausdifferenzierung dieses Menschenrechts ist positiv hervorzuheben. Sie ist ein Produkt der starken Stellung, die sich die Metallarbeitergewerkschaften bei den multinationalen Automobilunternehmen erkämpft haben.

In der Frage der Entlohnung bleiben die »Grundsätze« hinter den beiden Modell-Texten von IBFG und IMB zurück. In diesen wird nicht nur eine angemessene Entlohnung gefordert, die »sich mindestens an den gesetzlich garantierten Mindestlöhnen und am jeweiligen Arbeitsmarkt orientiert«. Vielmehr fordern diese zusätzlich eine Entlohnung, die »stets ausreichen muss, um die Grundbedürfnisse von Beschäftigten und ihren Familien zu decken, und die eine gewisse Ersparnis erlaubt.« Dieser Zusatz ist insofern relevant, als in vielen Entwicklungsländern der gesetzliche Mindestlohn nicht ausreicht,

um diese drei Voraussetzungen zu erfüllen, und bewusst niedrig gehalten wird, um Auslandskapital anzuziehen.

Der IBFG-Modell-Kodex fordert über die »Grundsätze« hinaus den Abschluss regulärer Beschäftigungsverhältnisse. Angesichts der zunehmenden Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen im Netz der weltweiten Zulieferindustrien kommt dieser Forderung eine große Bedeutung zu. Allerdings ist es noch nicht gelungen, diese Forderung zu einer ILO-Konvention zu machen.

Anwendungsbereich

Die Modell-Texte von IBFG und IMB sind weitgehender als die »Grundsätze« bzgl. des Anwendungsbereichs. Während die »Grundsätze« lediglich seine (vermutlich direkten) Zulieferer benennen, für die diese auch gelten sollen, führen IBFG und IMB aus, dass die Bestimmungen für alle Stufen der Zulieferkette, d.h. neben den Hauptlieferanten auch für Sublieferanten, Untervertragnehmer und Lizenznehmer gelten sollen. Diese Differenzierung ist insofern relevant, als die globale Sozialverantwortung transnationaler Unternehmen auf allen Stufen der Produktions- und Lieferkette wahrgenommen werden muss, wenn sie denn ihren Namen verdienen soll. Eine Aufspaltung der Zulieferkette in sozial saubere Hauptlieferanten einerseits und sozial unverträgliche Unterlieferanten andererseits, wäre fatal.

Kostenübernahme für eine Verbesserung der Sozialstandards

Da sich durch Kostensenkungsstrategien und internationale Konkurrenz die Beschäftigungsverhältnisse entlang der globalen Produktions- und Lieferkette mehrheitlich verschlechtert haben, stellt sich die Frage, wer für die Verbesserungsschritte im Rahmen der Politik globaler Sozialverantwortung von multinationalen Unternehmen aufkommen soll.

In den »Grundsätzen« heißt es, dass DaimlerChrysler seine Zulieferer »unterstützt und ermutigt«, in ihren Unternehmen vergleichbare Grundsätze einzuführen und umzusetzen.

Wünschenswert und angemessen wäre eine materielle, personelle und finanzielle Unterstützung des multinationalen Unternehmens gemäß seiner ökonomischen Macht entlang der Produktions- und Lieferkette. Aktuelle Trends in der internationalen Debatte und Praxis zur globalen Sozialverantwortung von multinationalen Unternehmen schieben allerdings diese materielle Last eher oder ausschließlich auf die Standorte / Lieferanten am Anfang dieser Ketten.

Kontrolle

Gemäss den »Grundsätzen« von DaimlerChrysler »berichtet« und »berät« die Konzernleitung mit den internationalen Ar-

beitnehmervvertretungen über die Wahrnehmung der globalen Sozialverantwortung und Umsetzung der »Grundsätze«. Diese Berichts- und Beratungs-Funktionen sind wichtig und je nach Arbeitsumgebung auch weitreichend, stellen aber keine Kontrollfunktion dar. Die vorgesehenen Beteiligungsfunktionen sollten erweitert werden, damit eine Grundvoraussetzung interner und öffentlicher Glaubwürdigkeit erfüllt ist.

Kontrollfunktionen sollten nicht nur im Rahmen der unmittelbaren Arbeitsbeziehungen von Unternehmensleitung und Arbeitnehmervvertretungen wahrgenommen werden, sondern auch in Kooperation mit weiteren Stakeholders, d.h. beteiligten Gruppen im Umfeld des Unternehmens, auf die die Unternehmenstätigkeit Einfluss ausübt.

Beispielsweise ist es der Zusammenarbeit mit Menschenrechtsgruppen in Argentinien und Deutschland zu verdanken, dass DaimlerChrysler im letzten Jahr eine Kommission zur Untersuchung der Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen in der argentinischen Niederlassung von Mercedes-Benz zur Zeit der Militärdiktatur eingesetzt hat.

Im Falle der Klageerhebung des US-Rechtsanwalts Michael Hausfeld vom November 2002 gegen DaimlerChrysler wegen Rüstungslieferungen an das Apartheidregime in Südafrika und Menschenrechtsverletzungen in der südafrikanischen Mercedes-Benz-Niederlassung zur Zeit des Apartheidsystems könnte ähnlich verfahren werden. Apartheid wurde von der UNO 1973 als »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« verurteilt. Die Apartheidopfervereinigung »Khulumani«, in deren Namen Rechtsanwalt Hausfeld diese Klage erhob, sollte von DaimlerChrysler konsultiert und die vorliegenden Belege über Lieferungen Tausender Unimogs an die südafrikanische Apartheidarmee und einer Lizenz für den Bau von Dieselmotoren an die halbstaatliche Fabrik ADE sowie über die Zusammenarbeit von Mercedes-Benz-Südafrika-Mitarbeitern mit dem Apartheidsicherheitsapparat untersucht werden. Sollte eine Untersuchungskommission zu dem Ergebnis kommen, dass das vorgelegte Beweismaterial stichhaltig ist, sollte DaimlerChrysler an die Opfer Entschädigungen zahlen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Literaturangaben

Wick, Ingeborg »Workers' tool or PR ploy? A guide to codes of international labour practice«, publ. Friedrich Ebert Stiftung and SÜDWIND Institut für Ökonomie und Ökumene, 3rd revised edition, Bonn / Siegburg 2003

Wick, Ingeborg »Verhaltenskodizes – Werbegags oder Hebel für die Beschäftigten?«, in: Weltweit gegen Sozialdumping – Für Verhaltenskodizes, hrsg. IG Metall, Frankfurt/Main 2001

VERMISCHTES

CD: »Drop the Dept – Streicht die Schulden«

Weltmusiker singen für den Schuldenerlass



Mehr als 100 Künstler haben für die CD »Drop the Dept – Streicht die Schulden« exklusive Titel eingespielt, um der weltweiten Forderung nach Entschuldung der Entwicklungsländer Nachdruck zu verleihen. Cesaria Evora, die barfüßige Diva von den Kapverden, Lokua Kanza, Afrikas derzeit gefragtester Künstler und die legendäre venezolanische Sängerin Soledad Bravo sind die vertrautesten Namen bei den 17 Titeln auf der CD, die zeitgleich in 20 Ländern erscheint. Die CD erscheint in Zusammenarbeit mit »erlassjahr.de«. Pro verkaufter CD erhält erlassjahr.de mindestens 1 €. »Drop the Dept – Streicht die Schulden« kann für 16 € im Düsseldorfer Büro bestellt werden.

Zusätzlich kann das dazugehörige DIN A 2 Plakat mit dem Cover-Motiv versandt werden. (Über einen Kostenbeitrag für das Plakat von 0,20 € pro Stück freuen wir uns.)

Bestelladresse: erlassjahr.de, Postfach 320 520, 40420 Düsseldorf, Tel.: 0211/4693196 Fax: 0211/4693197, E-Mail: buero@erlassjahr.de

Wolfgang Kessler: Weltbeben – Auswege aus der Globalisierungsfalle

Wolfgang Kessler versucht auf 230 Seiten, auf die verschiedensten Aspekte der Globalisierung einzugehen. Nach einem Vorwort von Franz Alt beschreibt er anhand von vielen anschaulichen Beispielen die Probleme, die die Menschheit bedrohen.

Doch er sieht auch die »Aufgaben«, die aus dieser Problemanalyse entstehen, skizziert die »historische Herausforderung«. Anhand einer Reihe von Beispielen beschreibt der dann »Vorboten einer gerechteren Welt«, entwickelt in eigenen Kapiteln »Perspektiven« und »Strategien«.

Das Buch schließt mit »Zehn Visionen einer gerechten Weltwirtschaft«: Im Jahre 2020 ist Vieles besser als heute und er beschreibt rückblickend, wie es dazugekommen ist.

Insgesamt bietet der Band – bei einigen Schwächen in Details – einen guten Einstieg in die Globalisierungsdebatte.

Wolfgang Kessler, Weltbeben. Auswege aus der Globalisierungsfalle, Oberursel 2002: Publik-Forum Verlagsges.m.b.H., Bestellmöglichkeit: www.publik-forum.de/shop, 14 Euro

ANZEIGEN

Eine Region - eine Zeitschrift

Afrika süd

zeitschrift zum südlichen afrika

... bietet alle zwei Monate
anschaulich und kompetent
Informationen und Analysen
zum Südlichen Afrika
und der Globalisierung

**Afrika süd lesen -
und die Region verstehen!**

Jahresabonnement:
Privatpersonen 35 Euro
Institutionen 50 Euro
Einzelheft 8 Euro

informationsstelle südliches afrika (issa)
Königswinterer Straße 116, 53227 Bonn
Tel: 0228 / 464369, Fax: 0228 / 468177
E-mail: issa@comlink.org
www.issa-bonn.org

iz3w

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd

» ... über die Jahre im Spitzenfeld
politischer Zeitschriften
überhaupt...« WDR

Die **iz3w** berichtet alle sechs Wochen
über die Zumutungen des globalen
Kapitalismus, über Soziale Bewegun-
gen, Rassismus, Ökologie, Literatur
und kritische Theorien.

52 Seiten, Einzelheft € 4,-
Abo € 32,- / erm. € 26,-

informationszentrum 3. welt
Postfach 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
info@iz3w.org · www.iz3w.org

AUS DEM BÜRO

Karin Wieder geht in Elternzeit

Nun wird er wieder bei SÜDWIND verwaist sein, der Arbeitsbereich »Kampagne für saubere Kleidung – Bildung und Fortbildung«: Karin Wieder geht in Elternzeit. Doch nach einer Auszeit über mehrere Monate wird sie Schritt für Schritt die Arbeit wieder aufnehmen. Dies wurde unter anderem dadurch ermöglicht, dass der Evangelische Entwicklungsdienst – der ihre Stelle für 2 Jahre zu 90 Prozent finanziert, da sie eine Rückkehrerin aus dem Entwicklungsdienst ist – flexibel reagiert hat:

.... und dankt dem EED

»mit diesem Brief möchte ich mich beim EED für die Lösung bedanken, die bezüglich der »Kollision« zwischen meinem RückkehrerInnenvertrag und der nun anstehenden Elternzeit gefunden werden konnte...« schreibt Karin Wieder in ihrem

Brief an den beim EED für Bildungs- und Inlandsförderung zuständigen EED Bernd Augustin.

Der Hintergrund: Der RückkehrerInnenvertrag von Frau Wieder läuft bis Mitte 2004. Das vorgesehene zweite Jahr dieses Vertrages hätte auch nach dem anstehenden Mutterschutz und der Elternzeit nicht nachgeholt werden können, und nach knapp einem Jahr Mitarbeit bei SÜDWIND wäre die Tätigkeit von Karin Wieder zu Ende gewesen. Dies entspricht dem üblichen Vorgehen bei Zeitverträgen, auch wenn es sich hierbei, wie wir finden, um eine Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt handelt.

Der EED bot nun in einem Gespräch mit SÜDWIND-VertreterInnen eine alternative Lösung an: Karin Wieder kann die verbleibende Arbeitszeit des zweiten Vertragsjahres in den kommenden zwei Jahren, sprich bis Mitte 2005, innerhalb ihrer Elternzeit so aufteilen, wie es ihrer Familiensituation am zuträglichsten ist. Ihr Aufgabenbereich wird somit weitergeführt und nicht abgebrochen und sie kann ihrer Arbeit weiterhin nachgehen.

SÜDWIND wirbt:

Homepage, Faltblatt, Musterartikel

Bitte legen Sie unser Faltblatt aus

Hier bitte das Titelblatt des Faltblattes einscannen sowie die Homepage wie beim Info 20, Seite 21

Die Faltblätter lassen sich für viele Zwecke nutzen. So können sie in Eine-Welt-Läden, Pfarrheimen, Kirchen, öffentlichen Gebäuden etc. ausgelegt werden, man kann sie mit der Post verschicken

Wer dieses Faltblatt zur Mitgliederwerbung nutzen möchte, kann eine beliebige große Anzahl bestellen (Bestellung: siehe Publikationsliste auf der letzten Seite).

Faltblatt zum ethischen Investment erschienen

Zusammen mit dem Westdeutschen Förderkreis von Oikocredit e.V. hat SÜDWIND im vergangenen Jahr ein Faltblatt zur Thematik der ethischen Geldanlage erstellt. Auf der vierseitigen Broschüre wird ein einführender Einblick in die Theorie und Praxis der ethischen Geldanlage gegeben. Neben der Geschichte und den Kriterien ethischen Investments gibt es Literaturhinweise zum weiterlesen und eine Auswahl an konkre-



Warum eine Geldanlage ethisch sein kann

Menschen, die bei ihrer Geldanlage nicht nur die drei klassischen Kriterien Rendite, Sicherheit und Verfügbarkeit in die Entscheidung einbeziehen, sondern darüber hinaus bei ethischen Kriterien anlegen und sich fragen, was mit dem Geld gemacht werden soll und wie, nicht, betreiben **ethisches Investment**.

Bei sich bewusst, dass die Entscheidung, wie und wo ihr Geld anlegt, nicht nur Auswirkungen auf die Rendite hat, sondern auch das Wirtschaftsgeschehen und das Leben vieler Menschen mit weit beeinflusst. Daher steht unsere Kampagne, Kampagne und Geldanlage sind aus Teil des weltweiten Geldmarktes. Und auch wenn die Werbung der Banken anders suggeriert: **Geld kann nicht schlecht**. Es sind die Menschen in den konkreten Unternehmen, die die Rendite durch ihre Arbeit erwirtschaften. Diese Arbeit kann sehr menschlich und ethisch sein – wie die Produktion von Kleidung, die Herstellung von Nahrungsmitteln, die Produktion von Autos – genauso wie die Tätigkeiten von anderen Firmen, mehr oder weniger akzeptable politische und soziale Auswirkungen haben können.

Das in Deutschland angelegte Privatvermögen betrug Anfang 2001 3,5 Billionen €. Es gibt, dieses Vermögen auszubauen, indem wir sozial und umweltethisch investieren? Weshalb, ergibt sich die Möglichkeit, gesellschaftlicher Druck für eine soziale und ökologische Verbesserung in Unternehmen auszuüben?

WAS PASSIERT EIGENTLICH MIT MEINEM GELD?

WOFÜR WIRD MEIN GELD VERWENDET?

Kriterien des ethischen Investments

Bei der Überlegung, Geld abzugeben, kommt ins Spiel, gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten. Zum einen kann man **Negative oder Ausschlusskriterien** ausschließen werden, dass Investitionen in folgende Bereiche wie z.B. Rüstung, Atomenergie oder Geschäft mit Menschen und Tieren. Hierbei werden Unternehmen, die in diesen Bereichen tätig sind, von der Hand genommen werden. Eine zweite Möglichkeit ist, die Handlungsfelder der Geldanlage zu definieren. Diese Vorgehensweise ist die Basis der **Positiven Kriterien**. Diese Kriterien sind, dass das Geld gerade in solche Unternehmen fließen soll, die sich durch ihre ökologischen und/oder sozialen Engagement als Verantwortung auszeichnen. Eine weitere Einschränkung dieser Vorgehensweise ist der Einsatz in dieser Art, die den Menschen und Tieren schaden. Diese Kriterien sind, dass die Geldanlage in solche Unternehmen fließen soll, die sich durch ihre ökologischen und/oder sozialen Engagement auszeichnen. Eine weitere Einschränkung dieser Vorgehensweise ist der Einsatz in dieser Art, die den Menschen und Tieren schaden. Diese Kriterien sind, dass die Geldanlage in solche Unternehmen fließen soll, die sich durch ihre ökologischen und/oder sozialen Engagement auszeichnen.

ten Möglichkeiten der ethischen Geldanlage.

Das Faltblatt ist als pdf-Datei von unserer Homepage herunterladbar. Des weiteren können Exemplare der Druckausgabe kostenlos bei uns im Büro bestellt werden, gerne auch in größerer Stückzahl zum Weiterverteilen und Auslegen.

Homepage

Die SÜDWIND-Homepage wird immer wieder aktualisiert. (www.suedwind-institut.de). Diese Homepage wurde in den letzten Monaten wesentlich erweitert um einen eigenen Teil über die »Dekade zur Überwindung von Gewalt«.

Falls Sie privat oder an Ihrer Arbeitsstelle selbst über eine Homepage verfügen, wären wir Ihnen sehr verbunden, wenn Sie von Ihrer Homepage aus einen Link zu unserer Homepage legen würden.

Musterartikel

Das SÜDWIND-Büro kann Ihnen Artikel in verschiedener Länge zur Verfügung stellen. Diese können Sie in Ihren zugänglichen Rundschreiben / Zeitschriften veröffentlichen. Die Artikel enden mit der Bitte, Mitglied zu werden.

Eine Auswahl der Musterartikel finden Sie auf unserer Homepage (www.suedwind-institut.de) in der Rubrik »Service« unter »Musterpresseerklärungen«. Sie können dort die Artikel herunterladen oder diese auf Diskette sowie als Ausdruck im SÜDWIND-Büro anfordern.

Falls Sie nur ganz wenig Platz haben: Schon der Abdruck unseres Logos kombiniert mit der Angabe unserer Homepage-Adresse wäre eine wichtige Werbung für SÜDWIND.

Folien und Power-Point-Präsentation zur Vorstellung von SÜDWIND

Wer SÜDWIND in Gruppen und Organisationen vorstellen will, hat immer wieder das Problem: Wo fange ich eigentlich an. Wer möchte, kann Folien für Overhead-Projektoren sowie eine Power-Point-Präsentation beziehen, die Vorträge erleichtern soll.

Wer Interesse hat:

Bitte melden bei Friedel Hütz-Adams, Tel: 02241-259735, Email huetz-adams@suedwind-institut.de.

»Schnuppermitgliedschaft«: Verschenken Sie Mitgliedschaften

Wollten Sie vielleicht immer schon mal jemanden für SÜDWIND interessieren? Um das Verschenken der Mitgliedschaft zu erleichtern, bieten wir die befristete »Schnuppermitgliedschaft« an: Die Mitgliedschaft hätte einen vorläufigen Status

und ist auf ein Jahr beschränkt. Ihr Geschenk würde Sie damit einen Jahresbeitrag von 70 € kosten.

Am Ende des Jahres werden wir die Schnuppermitglieder anschreiben und fragen, ob sie dauerhaftes Mitglied werden wollen.



SONDERANGEBOT:

**Die folgenden 5 Broschüren
sind Teil eines Sonderangebotes:**

11. »Arme Reiche Christen«, Materialien für vier Bibelabende, mit einem didaktischen Begleitheft, von Susanne Zimmermann und Stephan Schmidlein, Materialien 1, 3. überarb. Aufl. 1996 (5 Euro)

22. »Die Kirche und ihr Geld – Vom Geld begeistert – Vom Geist bewegt?«, Eine Handreichung, von Jörg Baumgarten, Karin Ritter, Stephan Schmidlein und Dirk Wolter, Materialien 2, 2. Aufl. 1994, 90 Seiten (5 Euro)

25. »Bürsten gegen den Strich: Frauen im Reinigungs-gewerbe – Ländervergleich Deutschland Südafrika – Namibia / Handlungsalternativen«, von Ingeborg Wick, SÜDWIND-texte 4, 1994, 170 Seiten (3 Euro)

26. »Wirtschaften für das Leben. Umsetzungsmöglichkeiten der Beschlüsse der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung UNCED 1992 in Rio«, von Pedro Morazán, »texte 55«, Verlag Dienste in Übersee, 1994, 160 Seiten (5 Euro)

39. »Kommunales Wirtschaften für das Leben. Ein Leit-faden zur Umsetzung einer lokalen Agenda 21«, von Pedro Morazán, Materialien 5, 1997, 50 Seiten (6,50 Euro, ab 10 Expl. 4 Euro)

→ **3 Stück davon kosten: 5 Euro** (plus 2,50 Euro Versandkostenpauschale)

→ **ALLE 5 kosten: 7,50 Euro** (plus 2,50 Euro Versandkostenpauschale)

Hiermit bestelle ich / bestellen wir:

- ❶ SÜDWIND-Faltblatt (kostenlos) Expl.:
- ❷ Infopaket: Faltblatt SÜDWIND/Satzung SÜDWIND/
Selbstvorstellung (alle kostenlos) Expl.:
- ❸ SÜDWIND-Jahresbericht, akt. Ausg. (kostenlos) . . Expl.:
- ❹ SÜDWIND-Info, aktuelle Ausgabe (kostenlos) . . . Expl.:
- ❺ »Auf dem Weg zu größerer wirtschaftlicher Gerech-
tigkeit. Der Beitrag des Neuen Testaments zur ge-
genwärtigen wirtschaftsethischen Diskussion«, von
Jörg Baumgarten, 1992 (kostenlos) Expl.:
- ❻ »Gott steht auf der Seite der Armen. Erklärungen
der Kirchen zu wirtschaftlicher Gerechtigkeit«.
SÜDWIND-texte 1, 3. Aufl. 1994 (2,50 €) Expl.:
- ❼ »Arme Reiche Christen«. Materialien für vier Bibelaben-
de, mit einem didaktischen Begleitheft, von Susanne
Zimmermann und Stephan Schmidlein, *Materialien 1*,
3. überarb. Aufl. 1996 (5 €) Expl.:
- ❽ »Die Kirche und ihr Geld – Vom Geld begeistert –
Vom Geist bewegt?« – Eine Handreichung, von Jörg
Baumgarten, Karin Ritter, Stephan Schmidlein und Dirk
Wolter, *Materialien 2*, 2. Aufl. 1994 (5 €) Expl.:
- ❾ »Kleider machen Beute – Deutsche Altkleider ver-
nichten afrikanische Arbeitsplätze«, von Friedel
Hütz-Adams, SÜDWIND-texte 5, 3. Aufl. 1998,
(7,50 €) Expl.:
- ❿ »Kommunales Wirtschaften für das Leben« –
Ein Leitfaden zur Umsetzung einer lokalen Agenda 21,
von Pedro Morazán, *Materialien 5*, 1997 (6,50 €,
ab 10 Expl. 4 €) Expl.:
- ⓫ »Altkleider auf Abwegen. Kommunale Agenda 21
und Altkleidersammlungen – Ein Leitfaden«, 1997
(3 €, ab 10 Expl. 2 €) Expl.:
- ⓬ »Kleiderproduktion mit Haken und Ösen. Arbeits-
bedingungen bei chinesischen und philippinischen
Zulieferbetrieben deutscher Unternehmen«, von
Ingeborg Wick, *texte 6*, 2. Aufl. 1997, (6 €) Expl.:
- ⓭ »Schulden dürfen das Überleben nicht gefährden.
Kirchliche Texte zur internationalen Schuldenkrise«,
SÜDWIND-texte 7, 1998 (3 €, ab 10 Expl. 2 €) . . Expl.:
- ⓮ »Frauenarbeit in Freien Exportzonen«, von Ingeborg
Wick, in: Globalisierung und Peripherie, HSK 14,
Frankfurt/Wien 1999, S. 189–208 (2 €) Expl.:
- ⓯ »Schuldenumwandlung für Bildung in Kamerun«, von
Pedro Morazán, Anthea Bethge; 1999, (2,50 €) . . Expl.:
- ⓰ »Indonesische Billigproduktion für deutsche Mode
multis. Ansätze für Alternativen«, von Ingeborg Wick,
Materialien 7, 1999, 32 S. (2,50 €) Expl.:
- ⓱ »Das Kreuz mit dem Faden. Indonesierinnen nähern
sich der deutschen Modemultis«, von Ingeborg Wick und
»Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt/Jakarta, *texte 11*,
2000, 152 S. (8,50 €, ab 10 Expl. 7,50 €) Expl.:
- ⓲ »Deutsche Großbanken entwicklungspolitisch in der
Kreide? Entwicklungsverträglichkeit deutscher Ban-
kengeschäfte am Beispiel Brasiliens und Indone-
siens«, von Karin Astrid Siegmann, SÜDWIND-texte 12,
2000 (7,50 €) Expl.:
- ⓳ »Workers' tool or PR ploy? – A guide to codes of in-
ternational labour practice«, von Ingeborg Wick, hrsg.
Friedrich-Ebert-Stiftung und SÜDWIND-Institut für Öko-
nomie und Ökumene, 3. überarbeitete Auflage, 2003
(6 €) Expl.:
- ⓴ »Die Armutsbekämpfung durch die Gläubiger – Er-
fahrungsberichte aus 11 Ländern«, SÜDWIND-texte
13, 2001 (5 €, ab 10 Expl. 4 €) Expl.:
- ⓵ »Verhaltenskodizes – Werbegags oder Hebel für Be-
schäftigte«, von Ingeborg Wick, erschienen in: »Welt-
weit gegen Sozialdumping«, hrsg. von der IG-Metall, dem
DGB-Bildungswerk und der Friedrich-Ebert-Stiftung,
2001, Seite 25–63 (1,50 €) Expl.:
- ⓶ »Schuldenkrise in Argentinien – Wer zahlt die Zeche?«,
hrsg. von SÜDWIND und dem EED, 2002, 68 Seiten, DIN
A5 (6 €, ab 10 Expl. 4 €) Expl.:
- ⓷ »Kursbuch Ethische Geldanlage«, von Antje Schnee-
weiß, hrsg. vom SÜDWIND e.V., Fischer Taschenbuch
Verlag, 230 S., 2002 (€ 9,90) Expl.:
- ⓸ »Warum eine Geldanlage ethisch sein kann«, Faltblatt
(kostenlos) Expl.:
- ⓹ »Fit for Fair – Für menschenwürdige Arbeitsbedin-
gungen in der weltweiten Sportswear-Industrie«,
epd-Dokumentation des gleichnamigen Sportkongresses,
DIN A4, 50 S., 2002, (€ 2,50) Expl.:
- ⓺ Projektfinanzierung der WestLB in Entwicklun-
gsländern. Nachhaltige Investitionen oder sozial-öko-
logische Katastrophe (Arbeitstitel), erscheint Sommer
2003 Expl.:
- ⓻ »Die Ausnahme und die Regel – Zum Verhältnis von
formeller und informeller Arbeit«, von Ingeborg Wick,
erschieden auf Deutsch und Englisch in: Schattenwirt-
schaft und Gewerkschaften – Shadow Economy and
Trade Unions, hrsg. vom DGB-Bildungswerk, den Ev.
Akademien in Deutschland und dem Afrika-Süd-Aktions-
Bündnis, Seite 7–13 (1,50 €) Expl.:
- ⓼ »Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung? Die
Rolle der Weltorganisationen« – Band 1 der Edition
STRUKTURELLE GEWALT IN DEN NORD-SÜD-BEZIEHUNGEN,
hrsg. von SÜDWIND e. V., Siegburg 2003, DIN A4, 84
Seiten (5 €, ab 5 Expl. 4,50 €, ab 10 Expl. 4 €) . . Expl.:
- ⓽ »Deuda externa: Nuevas crisis, nuevas soluciones?«,
von Dr. Pedro Morazán, hrsg. von SÜDWIND e.V. und der
Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2003, DIN A4, 64 Seiten,
(2 €) Expl.:

Zuzüglich zu den Materialkosten berechnet SÜDWIND pauschal
2,50 € für den Versand – wir bitten um Ihr Verständnis.
Benutzen Sie bitte für die Überweisung unser Konto
Nr. 8 140 000 bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln
(BLZ 370 205 00).

Name.....
Adresse.....
.....
Datum/Unterschrift.....